



N i e d e r s c h r i f t
über die 132. - öffentliche - Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
am 9. September 2021
Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

Einbahnstraße Corona? - Interessen von Kindern und Jugendlichen in und nach der Pandemie stärker berücksichtigen

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/9403](#)

Anhörung

- Ärztekammer Niedersachsen	5
- Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte e. V.	5
- Kinderkrankenhaus Auf der Bult	14
- Stiftung Universität Hildesheim Institut für Sozial und Organisationspädagogik.....	18
- Winnicott-Institut Hannover	22
- Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW Hamburg)	24
- Niedersächsisches Kultusministerium	27
- Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung.....	31
- Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen.....	34
- LAG FW, Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.	36
- Deutscher Kinderschutzbund, LV Niedersachsen.....	39
- Landesjugendring Niedersachsen e. V.	40

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Holger Ansmann (SPD), Vorsitzender
2. Abg. Oliver Lottke (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
3. Abg. Hanna Naber (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
4. Abg. Annette Schütze (SPD)
5. Abg. Uwe Schwarz (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
6. Abg. Dr. Thela Wernstedt (SPD)
7. Abg. Christoph Eilers (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
8. Abg. Laura Hopmann (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
9. Abg. Burkhard Jasper (CDU)
10. Abg. Petra Joumaah (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
11. Abg. Volker Meyer (CDU)
12. Abg. Gudrun Pieper (CDU)
13. Abg. Volker Bajus (GRÜNE)
14. Abg. Susanne Victoria Schütz (zeitweise vertreten durch den Abg. Lars Alt) (FDP)

mit beratender Stimme:

15. Abg. Stephan Bothe (fraktionslos)

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsoberamtsrat Horn.

Niederschrift:

Regierungsdirektor Pohl,
Gaststenograf Kampfer,
Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 10.15 bis 13.25 Uhr.

Außerhalb der Tagesordnung:

Vors. Abg. **Holger Ansmann** (SPD) teilte mit, dass die Ausschussmitglieder in Kürze eine Einladung zu einem Gespräch mit der Barmer Ersatzkasse am 4. November 2021 zwischen der Vormittagssitzung und der Nachmittagssitzung erhalten würden.

Tagesordnung:

Einbahnstraße Corona? - Interessen von Kindern und Jugendlichen in und nach der Pandemie stärker berücksichtigen

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/9403](#)

*erste Beratung: 112. Plenarsitzung am
11.06.2021
AfSGuG*

Anhörung

Ärztammer Niedersachsen

Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte e. V.

Anwesend:

- Dr. Thomas Buck

Dr. Thomas Buck: Lassen Sie mich mit einem Zitat einer Patientinmutter beginnen. Sie ist Sozialarbeiterin im Sahlkamp hier in Hannover. Sie sagte: Alle weltweiten Maßnahmen in dieser Pandemiebekämpfung galten nur dem Schutz wohlhabender weißer alter Menschen. - Ich schluckte erst einmal, als ich das hörte, weil wir in der Ärzteschaft natürlich sehr viel mehr gesehen haben als nur den Schutz dieser sehr vulnerablen Patientengruppe. Das ist natürlich sehr pointiert und dürfen wir nicht so stehen lassen.

Aber die Befürchtung von uns Kinder- und Jugendärzten sowie der gesamten Ärzteschaft Niedersachsens ist, dass wir 20 % der Kinder und Jugendlichen in diesem Pandemiegeschehen abhängen werden. Ich glaube, man darf dieser Sozialarbeiterin einfach nicht recht geben. Das darf so nicht passieren.

Wir haben Kinder und Jugendliche anderthalb Jahre lang auf Rollen reduziert. Zum einen haben wir sie als potenzielle Virusträger diffamiert, weil wir fälschlicherweise auf die Erfahrungen mit der Spanischen Grippe zurückgegriffen haben. Zum anderen haben wir sie auf die Rolle der Schülerinnen und Schüler reduziert. Alles das wird dieser Generation nicht gerecht. Wir haben ihnen ganz viel Lebenszeit genommen. Denken Sie

einmal an Ihre eigene Kindheit! Der Tag für ein Kind ist sehr viel länger, weil es draußen in der Welt viel mehr Neuigkeiten entdeckt. Darum ist ein Jahr bzw. sind anderthalb Jahre für ein Kind und für einen Jugendlichen ungleich mehr Zeit als für uns Erwachsene. Wir haben natürlich auch sehr viel mehr Möglichkeiten, das Ganze aufzufangen.

Chancengleichheit und -gerechtigkeit über die Generationen hinweg - was fällt uns dazu ein? - Sie sind die Legislative und können in diesem Land etwas bewegen. Dazu haben wir einige Punkte gesammelt.

Die Frühen Hilfen, die wir in Niedersachsen haben, sind ein tolles Konzept. Sie werden zum Teil vom Land und zum Teil von den Kommunen bezahlt. Dies sollte erhalten bleiben. Ich bitte Sie, da einmal genau zu schauen, weil viele Kommunen dies lokal gar nicht mehr finanzieren können. Darin liegt auch ein kleiner Teil der Probleme. Es gibt viele Projekte, die teilfinanziert sind und bei denen wir einen Flickenteppich haben. Ich glaube, da müssen Sie als Land mehr durchgreifen und solche Probleme erkennen.

Lassen Sie mich zum Thema Impfen von Kindern und Jugendlichen kommen. Mich als Kinder- und Jugendarzt hat sehr gefreut, dass die EU 2006 entschieden hat, dass die EMA bei neuen Medikamenten von vornherein eine Sicherheits- und eine Indikationsprüfung bei Kindern und Jugendlichen durchführen muss. Einige Medikamente sind zum Teil bereits seit 40, 50 Jahren auf dem Markt. Da haben wir keine Zulassung, keine Rechtssicherheit und auch keine Erfahrung, wie sicher diese Medikamente für unsere Patienten sind.

Gehen Sie einmal auf eine Intensivstation für Frühchen! Frau Dr. Genewein wird ja gleich noch berichten. 90 % der Medikamente in der Frühchenmedizin haben keine Zulassung. Das darf nicht sein! Wir haben uns gefreut, dass die EMA das geändert hat. Aber erinnern Sie sich an die Zulassung der Impfstoffe für Kinder und Jugendliche, mit welcher Zeitverzögerung das in Europa passiert ist? - Wir alle brauchen in einer solchen Pandemie jeden Tag an Erfahrung, damit wir wissen, wie sicher diese Sachen sind. Sie sind sicherlich nicht das Kontrollinstrument für Europa. Aber man muss natürlich fragen: Warum hat das bei der EMA nicht zeitgleich mit den Erwachsenen funktioniert?

Jetzt komme ich zum Impfen im Alltagsgeschäft. Wenn wir medizinische Gründe haben, um Kinder und Jugendliche zu impfen, müssen wir uns klar machen: Kinder und Jugendliche stehen nicht im Fokus dieser Pandemie. Wir haben Gott sei Dank nur - oder leider - sieben Kinder unter insgesamt 100 000 Todesfällen verloren. Das heißt nicht, dass es nicht auf jedes Kind ankommt. Aber man sieht: Bei den schweren Erkrankungen und den Todesfällen standen die Kinder und Jugendlichen bisher nicht so sehr im Fokus dieser Pandemie.

Wir wissen aber überhaupt noch nicht: Wie häufig haben wir Long-Covid bei den Patienten? - Das Land bzw. das Wissenschaftsministerium ist jetzt auf die Idee gekommen, diesbezüglich eine Studie für Erwachsene auf den Weg zu bringen. Das finde ich gut. Aber das ist vielleicht nur ein Teil der Aufgabe. Wir müssen wissen: Wo müssen wir als Kinder- und Jugendärzte damit rechnen, und wohin müssen wir schauen? - Es macht auch einen Unterschied, ob man vielleicht kurz vor dem Lebensende ist und ein Long-Covid-Problem hat oder ob man erst am Anfang des Lebens steht. Das heißt, Impfen im Hinblick auf Long-Covid könnte sehr gut eine Option sein.

Ein weiterer Grund, warum sich impfwillige junge Menschen unter 18 Jahren impfen lassen könnten, ist, Teil der Herdenimmunität zu sein. Auch das ist eine gute Idee. Die meisten Jugendlichen, die sich für das Impfen entscheiden, machen das total belesen. Auch ich bin einer der sogenannten Impfärzte. Erstaunlich ist: Die Erwachsenen kommen zu mir, sind halbwegs informiert, wollen gar nicht so viel wissen, werden geimpft, und gut ist es. Da gibt es nur wenig Diskussionsbedarf.

Bei den Jugendlichen ist das anders. Sie sind super informiert. Sie haben sich übrigens hervorragend an Corona-Regeln gehalten. Dieser Generation muss man einmal ein Lob aussprechen; denn in der Pubertät ist es schon nicht gerade einfach, geradeaus zu laufen.

Die Jugendlichen entscheiden sich zum allergrößten Teil aufgrund der sozialen Teilhabe, aber auch aufgrund des sozialen Drucks für eine Impfung. Dazu muss ich sagen: Wir als Erwachsene, als Gesellschaft insgesamt müssen darauf achten, dass der Impfdruck nicht auf den Schultern der Jugendlichen lastet. Jeder, der für seine Kinder einmal die falschen Turnschuhe gekauft hat, weiß, welch ein Drama das auslösen kann. Sie können sich vorstellen, welch ein Drama es auslösen kann, wenn ein Großteil der Schülerinnen

und Schüler schon geimpft ist und man sagt: Hey, du musst dich jetzt auch impfen lassen! - Ich glaube, da müssen wir ein bisschen Luft aus dem Kessel nehmen.

Ich finde, das, was wir für die Kinder und Jugendlichen wirklich brauchen, ist eine differenzierte Impfaufklärung. Es geht nicht, dass wir ein Zelt vor die Schule stellen, die Eltern am Tag vorher einwilligen und wir Jugendliche einfach so impfen. Das geht nicht! Das Impfen gehört zu den Menschen, die das auch sonst im Alltag machen, nämlich in die Hausarzt- und in die Kinder- und Jugendarztpraxen. Das halte ich für ganz wichtig. Ich denke, wir alle haben gezeigt, dass wir auch im ambulanten System Masse schaffen können - mit Qualität.

Das, was mich als jemand, der besonders viele chronisch kranke Kinder betreut, umtreibt, ist der Druck der Eltern, wenn sie ihre kranken Kinder in den Kindergarten und in die Schule schicken, obwohl sie wissen, dass das Betreuungspersonal nicht vollständig geimpft ist. Das geht nicht!

Sie werden es aus vielen Diskussion wissen: Ich bin gegen einen Impfzwang. Den gab es in der Ex-DDR. Ich bin zwar Hannoveraner, habe aber in der damaligen DDR Praktika gemacht. Ich muss gestehen: Einige Aspekte dort fand ich sehr wenig mit unserem Demokratieverständnis vereinbar. Also: keine Impfpflicht! Aber wir sollten einen gewissen Impfdruck auf Menschen aufbauen, die direkt in der Betreuung von Kinder und Jugendlichen arbeiten, die im Moment noch nicht geimpft werden können.

Griechenland hat es möglich gemacht: Menschen, die besonders vulnerable Gruppen betreuen, dürfen dort ohne Impfung nicht arbeiten. Das ist ganz schwierig. Dafür müssen Sie als Politikerinnen und Politiker aber eine Lösung finden.

Zur frühkindlichen Bildung: Ganz viele meiner Nachredner kennen sich sehr gut damit aus. Wir müssen eines ganz klar sagen: Bezüglich der frühkindlichen Bildung haben wir in unserer Gesellschaft viel versäumt. Alles das, was vulnerabel ist, ist in der Pandemie besonders vulnerabel zusammengebrochen. Wir haben Kinder mit Migrationserfahrung, die seit anderthalb Jahren nicht im Kindergarten waren, jetzt kurz vor der Einschulung sind und überhaupt kein Deutsch sprechen. Wir brauchen einen verlässlichen Zugang zu einer frühkindlichen Bildung mit mehr Personal, mit Sprachförderung, mit Förderung der Motorik und

ein Erlernen mit Medienkompetenz. Wir brauchen dafür einfach andere Konzepte.

Wenn wir Kinderärzte wissen, dass das ein offenes Konzept ist, dann wissen wir auch, dass wir mehr Bedarf für Ergotherapien haben. Vielleicht könnte man einmal genauer schauen, welche Konzepte im Kindergartenalter wirklich gut evaluiert sind und dazu führen, dass wir als Land weiter eine Bildungsnation bleiben. Ich bitte Sie, darauf hinzuarbeiten. Kindergärten dürfen nicht einfach geschlossen werden!

Wir haben jetzt vom Land einen Algorithmus bekommen, wonach Eltern entscheiden dürfen - je nachdem, wie schlimm der Schnupfen ist -, ob sie selbst einen Schnelltest machen oder ob sie zum Arzt gehen. Die ersten Eltern sagen bereits: Ich möchte keinen PCR- und keinen Schnelltest machen lassen. - Für diejenigen, der Corona hat, ist das ja egal. Aber wir werden zwei, drei Wochen lang aus dem Verkehr gezogen. Das können wir uns nicht mehr leisten! Das heißt, diese Eltern werden den Weg nicht gehen, die Nachverfolgung überhaupt möglich zu machen. Da müssen wir schauen, wie wir den Druck von den Familien wegbekommen.

Wir dürfen keine Schulschließungen mehr in Kauf nehmen. Wir brauchen andere Lernkonzepte. Ich glaube, wir brauchen zwei Sachen: Wir brauchen jetzt gute Hygienekonzepte, die individuell für die Schule passen müssen. Die Leitlinie für die Hygienekonzepte wird gerade neu erarbeitet. Ich wünsche mir da von den Politikern den großen Wurf. In meinem Stadtteil haben wir die höchste Rate bei Containerdörfern auf dem Schulgelände. Das darf nicht sein! Wenn wir über Schultoiletten diskutieren: Wie sollen sich die Schülerinnen und Schüler denn die Hände waschen, wenn wir eine Pandemie haben?

Wir sollten vielleicht nicht darüber diskutieren, welchen Filter wir jetzt notfallmäßig irgendwo einbauen; auch das ist wichtig. Wir sollten vielmehr überlegen: Wie kann das Land langfristig sicherstellen, dass Schülerinnen und Schüler in Schulen arbeiten, die wirklich menschenwürdig sind? Wie bekommen wir kleinere Lerngruppen hin?

Wir haben gesehen, dass kleine Gruppen im B-Szenario für viele Patientinnen und Patienten sehr viel besser waren. Die haben eine Erleichterung in der Schule erlebt. Das heißt, wir brauchen für das Lernen ein neues Konzept. Auch Home-schooling muss ein Stück weit dabei sein, aber

nicht für die ganz Kleinen. Wir müssen genau schauen, wie viele Ressourcen eine Familie hat, um das zu begleiten.

Bitte machen Sie sich Gedanken: Wie soll Schule in fünf oder zehn Jahren aussehen? Welche Weichen kann das Land jetzt stellen, damit die nächste Pandemie, die wir haben, auf kleinere Schulklassen, auf kleine Kohortierungen trifft?

Es ist sehr schade: Corona hat ein Projekt der Ärztekammer Niedersachsen leider völlig ins Leere laufen lassen. Wir waren gerade mit der Leuphana Universität dabei, digital gestützte Lernprogramme für die Schule vorzubereiten, wie man Achtsamkeitsübungen einbringen kann, wie man mit Schlafstörungen umgehen kann und wie man den Menschen zu Mobilität motiviert. Das widerspricht sich zwar im ersten Moment, wenn man hört, dass das digital gestützt ist. Aber damit bekommt man die Kinder und Jugendlichen. Ich kann Sie nur bitten: Unterstützen Sie solche Projekte! Kommen Sie auf uns als Ärztekammer, als Taktgeber zu! Gehen Sie auch auf die Leuphana Universität zu!

Nachdem der Lockdown beendet war, haben wir gesehen, dass wir eine Unmenge an Schulverweigerern haben. Diese Pandemie polarisiert natürlich auch, und zwar insofern, als das Ganze bei Menschen eskaliert, die ohnehin eine Sozialphobie haben und jetzt lange keine Sozialkontakte hatten. Wir haben als einen Flickenteppich in Niedersachsen zum Teil ganz tolle Projekte, wie man mit Schulverweigerern umgehen kann. In Braunschweig läuft ein solches Programm. Aber warum läuft so etwas nicht flächendeckend? - Das würde ich mir wünschen. Ich sage nur eines: Wenn jemand drei Wochen lang nicht in der Schule war, dann ist die Prognose für das weitere Leben sehr schlecht. Das müssen wir ändern!

Jetzt komme ich zu einem sehr wichtigen Thema, nämlich dem Kinderschutz. Vorweg eine ganz schreckliche Zahl: 90 % der Missbrauchsfälle werden wir überhaupt nicht identifizieren. Die Ärztekammer hat darauf reagiert und die Weiterbildungsordnung letztes Jahr geändert. Kinderschutz und Kindesmissbrauch müssen in der Weiterbildung berücksichtigt werden, damit wir uns dort besser auskennen!

Damit wir uns dort gut auskennen, gibt es z. B. ein Expertencluster in der Hochschule um Frau Prof. Debertin. Dort gibt es ein Projekt für Kinderschutz mit einer Hotline und einer E-Mail-Adres-

se. Wir als Ärzte können uns dorthin wenden und sagen: Ich habe hier einen Patienten mit einem Hämatom und weiß nicht, wie ich das deuten soll.

Als ich Frau Debertin gebeten habe, mir Input für die heutige Anhörung zu geben, hat sie geweint, weil die Hochschule wieder einmal mit Streichungen übersät wird. Ihre Abteilung ist jetzt in der Pandemie, in der wir alle nur vermuten können, dass Missbrauch und familiäre Gewalt in diesem „Schnellkochtopf“ der Pandemie in den kleinen Wohnungen vielleicht mehr geworden sind, wieder einmal davon bedroht, aufgelöst zu werden. Sie haben die Möglichkeit, dort einzuwirken, auch auf die Hochschule, um solche wichtigen Abteilungen verlässlich in die Zukunft zu bringen. Andere Bundesländer haben das geschafft. Sie haben eine verlässliche Hotline, an die wir Ärzte uns wenden können. Auch Erzieherinnen und der KSD können sich an sie wenden. Dann kann man schauen: Ist das eine Kindeswohlgefährdung oder nicht?

Auch brauchen wir eine klare Solidarität. Die Ärztekammer Niedersachsen signalisiert an dieser Stelle ganz klar: Wir möchten mit dem Kommunalen Sozialdienst, mit allen Sozialträgern gerne eng zusammenarbeiten. Wir brauchen dort engmaschige Fortbildungen und „pathways“, die verlässlich dazu führen, dass wir als Ärzte, wenn wir eine Kindeswohlgefährdung haben, sie erkennen können, dass man uns hilft, sie zu erkennen, und dass wir im KSD schnell die jeweiligen Ansprechpartner haben. Ich kenne Kollegen, die ihr Jugendamt nicht mehr anrufen, weil sie das Gefühl haben, sie bewirken damit nichts. Das muss sich ändern!

Nebenbei: Alles das, was wir in der Niederlassung machen, ist Hobby. Das machen wir sehr gerne. Dafür gibt es kein Honorar, sondern das machen wir ehrenamtlich. Aber dann darf uns das nicht auch noch unnötig durch bürokratische Hürden schwerer gemacht werden.

Wir müssen über die Idee, ob man dort unsere Schweigepflicht anderen professionellen Trägern gegenüber ein wenig modifiziert, noch dieses Jahr ein Gespräch führen. Wir in der Ärztekammer sind gerade dabei, unsere Meinung dazu zu finden. Ich kann nur eines sagen: Wenn wir eine Kindeswohlgefährdung sehen, sollten wir auch mit anderen professionellen Ebenen darüber reden können.

Bei dem ganzen Thema ist auch wichtig: Wie viel von dem, was wir sozial betreiben, ist wirklich gut evaluiert? - Wir müssen genau schauen: Welche Projekte werden dort gefördert?

Jetzt ein Wort zur Inklusion. Eine meiner Patientinnenmütter mit einem Kind mit Förderbedarf im geistigen Bereich hat sich diese Woche an mich gewandt. Sie hat einen Brief von der Schule bekommen, in dem steht: Bei dem Kind klappt das mit den Schnelltests nicht so gut. - Das stimmt. Das ist ein Kind mit einer Cerebralparese. Es lässt solche Tests nicht zu. Die Mutter ist Krankenschwester und weiß, wie man solche Abstriche macht. - Die Schule hat gesagt: Sie wissen ja, das Land hat es möglich gemacht, dass Kinder mit geistiger Behinderung auch einmal schnell vom Präsenzunterricht befreit werden können. - Das ist zwar gut gemeint, beinhaltet aber auch die Möglichkeit der massiven Diskriminierung. Diese alleinerziehende Mutter weiß gar nicht, wie sie ihre Tochter dann unterbringen soll. Das ist schwierig.

By the way: Letztes Jahr hatten wir ein großes Problem. Hier in Hannover war aufgeplopt, dass die sogenannten Behinderten in Gemeinschaftstransporten zur Schule gebracht werden. Das Land hat vergessen, das zu regeln. Die Region wollte das auch nicht regeln. Das sind Kinder, die sich aufgrund des kognitiven Defizits an keine Abstandsregeln halten und auch keine Masken tragen können. Sie werden kohortiert in die Schule gebracht. - Ich mag das gar nicht zu Ende denken!

Wir haben eine ganze Reihe von medizinischen Problemen. Bei den Schuleingangsuntersuchungen haben wir gesehen - es gibt fast keine Vorsorge, bei der wir das in den Praxen sehen -: Adipositas, Bewegungsstörungen, kognitive Störungen, Entwicklungsdefizite und psychische Probleme nehmen zu. Dafür müssen wir viele Lösungen finden. Zum Teil gibt es schon tolle Projekte. Hildesheim schaut sich freiwillig die kleinen Kinder in Brennpunkten an und sieht sehr schnell, wo es welche Probleme gibt. Da müssen wir rein!

Wir müssen aber auch schauen: Bekommen wir Kooperationen z. B. mit dem LandesSportBund hin? - Vielen Vereinen sind die Mitglieder jetzt weggeblieben. Vielleicht könnte Niedersachsen sagen: Hey, für jedes Kind, das ihr aufnehmt, zahlen wir die ersten drei Monate die Beiträge! - Dann werden wir sehen, wie viele Kinder in einen Sportverein gehen und vielleicht Spaß und Laune

an der Bewegung bekommen. Damit haben wir ein gutes Instrument gegen Adipositas.

In der Sprechstunde merken wir, dass die psychiatrischen Erkrankungen zugenommen haben. Auch die Schwere hat zugenommen; das sehen wir in der Station unter stationären Bedingungen. Das, was wir nicht messen können, ist, dass die Wartezeit zur Behandlung einer kinder- und jugendpsychiatrischen Erkrankung noch einmal länger geworden ist. Das System ist gedeckelt; es ist budgetiert. Das war schon vorher sehr schwierig. Es ist ganz klar: Das können wir so nicht sehen. Auch die Kostenträger werden das in absehbarer Zeit nicht sehen. Dafür habe ich keine gute Lösung. Wir müssen schauen, dass der ambulante und der stationäre Bereich dort enger verzahnt werden - keine Ahnung, wie.

Zu den Kinderkliniken: Ich habe diese Woche versucht, mehrere Notfälle in unserem Kinderkrankenhaus auf der Bult unterzubringen. Es ist voll und zugelaufen. Wir müssen im Moment akute Patienten über das Land schicken. Daran sieht man nur einen Teil: Die Kindermedizin ist unterfinanziert. Das Gemeine dabei ist, dass die Belegung - das wird auch Frau Genewein gleich sagen - wie eine Sinusfunktion ist. Wie soll ein Kinderkrankenhaus dann wirtschaftlich funktionieren? - Gerade in der Corona-Zeit, in der wir Elektivaufnahmen nicht vorgesehen haben und in der die Kliniken völlig lahmgelegt waren, ist das schwierig.

Uns alle in der Medizin treibt der Fachkräftemangel um. Das Land hat versprochen, weitere Medizinstudienplätze zu schaffen. Da müssen Sie wirklich Ihr Wort halten. Ich würde mir wünschen, wenn Sie z. B. die Imagekampagne der Ärztekammer für MFAs, für medizinisches Fachpersonal, unterstützen würden.

Ich glaube, dass wir in der Kinder- und Jugendmedizin sehr viele Probleme haben. Ich möchte, dass diese Mutter nicht recht hat, dass wir in der Pandemie hauptsächlich die alten wohlhabenden Weißen geschützt haben. Ich möchte, dass unser Land alle schützt und die Kinder und Jugendlichen sehr stark ins Auge nimmt. Die Kinder und Jugendlichen brauchen eine sichere Exitstrategie: Wie geht es mit der Schule, mit dem Kindergarten weiter? - Sie dürfen nicht wieder geschlossen werden, auch nicht durch die Hintertür; das ist wichtig. Die Kinder und Jugendlichen brauchen eine Perspektive. Und unser Land braucht eine Perspektive, was die Bildung angeht.

Abg. **Stephan Bothe** (fraktionslos): Vielen Dank für Ihr sehr ausführliches Statement, in dem Sie viele Punkte angerissen haben. Meiner Ansicht nach waren das sehr viele interessante Aspekte, über die man im Einzelnen ausgiebig diskutieren müsste.

Die Aussage dieser jungen Mutter finde ich persönlich rassistisch und auch abwertend. Aber die Frustration, die dahintersteht, kann ich als Vater von zwei Kindern gut verstehen. Die Familien hatten in den letzten anderthalb Jahren schwere Belastungen zu tragen. Wir hatten bis Mai dieses Jahres Schulschließungen, Homeschooling und nur, wenn man Glück hatte, Wechselunterricht.

Ich möchte das Thema Impfen und Masken bei Kindern ansprechen. Sie sind Kinderarzt und haben gerade ein Statement dazu abgegeben. Die Problematik ist doch eigentlich, dass die STIKO lange Zeit keine Empfehlung abgegeben hat, weil sie von Erkenntnislücken gesprochen hat. Diese sind bis heute nicht wirklich gefüllt worden.

In der Folge von Corona-Impfungen gibt es immer wieder Fälle von Herzmuskelentzündungen. In den USA gab es in einem von Hunderttausend Fällen eine Herzmuskelentzündung. Wie bewerten Sie dieses Risiko? - Die allermeisten Corona-Infektionen nehmen bei Kindern einen sehr milden Verlauf. Es gibt natürlich auch tödliche Verläufe, die wahrscheinlich mit Vorerkrankungen zu tun haben. Eine Nebenwirkung der Corona-Impfung ist aber die Herzmuskelentzündung.

Bis heute gibt es keine Möglichkeit, etwas zu den Langzeitfolgen der Corona-Impfstoffe zu sagen. Das geben die Hersteller offen zu. Sonst hätten sie ja auch keinen Haftungsausschluss beim Verkauf an die Staaten gesetzt. Sind Sie der Meinung, dass man in diesem Bereich noch weiter forschen und dass eine Impfflicht bzw. ein Impfzwang unbedingt vermieden werden müsste? - In Nordrhein-Westfalen beispielsweise werden Geimpfte und Ungeimpfte mittlerweile in Klassen getrennt, obwohl festgestellt worden ist, dass Schulen keine Corona-Hotspots sind.

Man muss auch berücksichtigen, dass gerade die vulnerablen Gruppen, die Sie auch angesprochen haben, mittlerweile geimpft worden sind. Sie bekommen jetzt sogar eine Drittimpfung. Insofern sind diese Menschen vor eventuellen Infektionen geschützt.

Zu der Maskenpflicht in Schulen: Mittlerweile findet Präsenzunterricht wieder statt, was sehr lobenswert ist. Aber es besteht nach wie vor die Maskenpflicht. Wie bewerten Sie als Arzt die Maskenpflicht? Sehen Sie darin eine Gesundheitsgefährdung, beispielsweise durch einen zu hohen CO₂-Anteil im Blut? Wie bewerten Sie die Situation, dass dies vielleicht auch psychische Folgen für Kinder haben kann? - Auch wir selbst kennen die Situation mit den Masken, dass es durchaus belastend sein kann, wenn man sie den ganzen Tag trägt. Hierzu würde ich gerne Ihre Bewertung hören.

Dr. Thomas Buck: Vielen Dank für die Fragen. Genau das sind die wichtigen Punkte. Wir können die Nebenwirkungen der Impfung nicht wegre-den. Wir müssen sehr weise entscheiden: Wie häufig ist das Risiko für ein Kind oder für einen Jugendlichen vorhanden, einen schweren bzw. tödlichen Verlauf zu erleiden oder Long-Covid zu bekommen? - Sehr gering. Long-Covid können wir allerdings ganz wenig einschätzen. Es gibt Daten aus der Schweiz, die von 2 % ausgehen. Es gibt aber auch eine andere Zahl, nämlich 5 %. Es ist wichtig, dass wir das aufarbeiten. Diese Zahlen müssen wir als Ärzteschaft auf jeden Fall haben. Wir müssen wissen, worauf wir überhaupt schauen sollen; denn das ist eine neue Krankheit. Wir müssen lernen, was wir untersuchen müssen, wenn jemand Corona hatte.

Wir hätten Kinder und Jugendliche vielleicht gleich ganz am Anfang mit in die Sicherheitsprüfung nehmen müssen. Sie haben es vielleicht in den Medien gesehen: Die EMA hat den Impfstoff zugelassen, nachdem 1 140 Kinder geimpft worden sind. Das ist bei Nebenwirkungen, die Sie angesprochen haben, die vielleicht bei 1 : 30 000 auftreten, gar kein Sicherheitsprofil. Das kann man da gar nicht sehen. Bei einer Zulassungsstudie hat man nicht die Möglichkeit, seltene Nebenwirkungen richtig einzuschätzen. Das muss man einfach so sagen.

Jetzt haben wir die Situation, dass in den USA 7 Millionen Jugendliche geimpft worden sind, die gesund waren. In Kanada sind 4 Millionen Jugendliche geimpft worden. Wir haben nicht nennenswert mehr Nebenwirkungen gesehen als bei den Erwachsenen. Wir sehen eine bessere Immunität. Das ist aber normal und bei vielen Impfungen der Fall. Das heißt, wir können nicht ganz offenherzig sagen: „Lasst euch alle impfen!“, sondern wir müssen das differenziert betrachten.

Dann haben wir auch noch verschiedene Ebenen. Wir haben Kinder mit onkologisch erkrankten Familienmitgliedern und mit chronischen Erkrankungen, bei denen dies noch einmal anders bewertet werden muss. Aber selbst bei denen ist nach den Erfahrungen, die wir bisher haben, das Risiko, an Corona zu versterben, sehr gering, auch in Bezug auf die Varianten, die im Moment im Verkehr sind.

Wir können nicht sagen, dass die Schulen kein Hotspot sind. Ich sage einmal aus meiner Praxis: In dieser Woche waren bei mir 90 % der Abstriche von allen Kindern mit einem Infekt positiv. Das heißt, wir sehen jetzt eine Welle der Pandemie bei den Ungeimpften. Das sind die Menschen unter 30 Jahren; denn auch die zwischen 20- und 34-Jährigen sind zu wenig geimpft. Das heißt, wir werden feststellen, dass die Schule sehr wohl ein Hotspot ist.

Zur Maskenpflicht gibt es eine Untersuchung gerade von Erst- und Zweitklässlern. Der Sauerstoffgehalt im Blut ist nicht signifikant reduziert, es sei denn, dass sie Sport machen. Sport und Masken sollten sich ausschließen. Ansonsten ist das Tragen von Masken im Unterricht möglich.

Wir alle machen beim Tragen von Masken einen Fehler, nämlich dass wir durch den Mund atmen. Auf diese Art und Weise ist das für uns unangenehm. Insofern müssen sowohl Kinder als auch wir lernen, wieder zu Nasenatmern zu werden. Dann ist das Tragen von Masken gut möglich.

Zur Sicherheit: Es gibt keine Studie, die etwas darüber aussagt, wie hilfreich Masken bei kleinen Kindern sind. Wenn Sie einmal schauen, wie der Laie nach anderthalb Jahren Pandemie Masken trägt, werden Sie feststellen, dass das sehr zweifelhaft ist.

Eines ist auch klar: Wenn man in einem geschlossenen Raum ist, der nicht ausreichend gelüftet ist, bringt einem die beste FFP2-Maske nach 10 bis 15 Minuten nichts mehr. Ich selbst habe mich Anfang dieses Jahres in kompletter Montur bei jemandem mit Corona angesteckt, der auch eine Maske getragen hat - ich natürlich auch. Der Siebenjährige wollte nicht so wie ich und war ein bisschen störrisch. Mit dem habe ich leider 30 Minuten verbracht. Zu diesem Zeitpunkt gab es leider noch keine Impfung für die Niedergelassenen. Das hätte mich beinahe das Leben gekostet.

Ich bin für die Maskenpflicht in den Schulen. Aber wie effektiv das Ganze ist, kann überhaupt niemand sagen. Sie wird aber keinen Schaden bei den Kindern hervorrufen.

Das Impfen muss, wie gesagt, ganz genau individuell abgewogen werden. Darum möchte ich auch, dass das der betreuende Haus- oder Kinderarzt macht, der die Aufklärung durchführt. Wir können bei Nebenwirkungen von 1 : 25 000 bzw. von 1 : 30 000 bei einer Myokarditis nicht offenerzig sagen: Das machen wir jetzt einfach einmal by the way. - Das geht nicht! Das ist ethisch nicht zu vertreten.

Abg. **Volker Meyer** (CDU): Vielen Dank, Herr Dr. Buck, für Ihr Statement. Ich würde gerne eine Frage anschließen. Sie haben das Thema Kinderschutz und den Austausch mit anderen Organisationen angesprochen, um entsprechende Dinge erkennen und auch einschreiten zu können. Im Heilkammergesetz gibt es jetzt die Möglichkeit, eine Regelung zu schaffen, die den interkollegialen Austausch untereinander ermöglicht. Vielleicht könnten Sie mir noch Ihre Einschätzung dazu geben, weil es jetzt Überlegungen dazu gibt, wie wir in Niedersachsen damit umgehen sollen.

Zum Zweiten würde mich noch Folgendes interessieren: Sie sind auf sehr viele Dinge eingegangen. Uns liegt ein konkreter Antrag vor, der eine ganze Reihe von Punkten umfasst. Vielleicht könnten Sie ihn in seiner Gesamtheit kurz bewerten bzw. zumindest diejenigen Punkte nennen, die Sie für besonders positiv oder negativ halten.

Dr. Thomas Buck: Vielen Dank. Das sind komplexe Fragen. - Ich kann jetzt noch keine Position der Ärztekammer Niedersachsen zum interkollegialen Austausch und zu dem vermeintlichen Aufweichen der Schweigepflicht beibringen, weil wir erst gestern Abend im Landesvorstand entschieden haben, dass der Justiziar mit mir eine Arbeitsgruppe zu diesem Thema bildet.

Mir ist aber kein einziger Fall bekannt, bei dem eine Kollegin oder ein Kollege einen Missbrauchsfall angezeigt hat oder weiterverfolgen ließ, die bzw. der dann wegen der Verletzung der Schweigepflicht standesrechtlich ein Problem hatte. Das heißt nicht, dass ich etwas guteiße, was im Moment juristisch nicht okay ist. Aber ich glaube, wir müssen im Alltag immer einmal wieder eine Rechtsgüterabwägung vornehmen. Das tun wir Ärzte. Meiner Meinung nach machen wir das auch sehr pragmatisch. Ich glaube, dass wir das

von der Tendenz her eher befürworten würden und dass wir das nicht mehr so sehen wie vielleicht zwei Legislaturperioden vorher. Wir haben ja damals schon einmal über dieses Thema gesprochen.

(Zuruf des Abg. Volker Meyer [CDU])

- Damals war ich schon dabei, ich konnte mich aber nicht durchsetzen. Ich glaube, dass die Tendenz jetzt eine andere ist. Aber da müssen wir jetzt schauen. Auch die Kammerversammlung muss etwas dazu sagen.

Was ich mir hauptsächlich wünschen würde, ist: Wir brauchen eine Strategie für Kinder und Jugendliche mit einer Perspektive, damit deren Alltag - dazu gehören nicht nur Schule und Kindergarten; dazu gehört auch die Freizeitgestaltung - wieder möglich ist.

Ich finde, die Stadt Hildesheim hat das toll gemacht. Sie hat den Kindern und Jugendlichen ein Geschenk gemacht, weil sie so toll mitgemacht haben. Ich weiß nicht mehr, was das war. Ich glaube, das war ein Minigutschein, den sie in einem Geschäft einlösen und mit dem sie die Innenstadt retten können. Ein Zeichen von Niedersachsen wäre gut, indem man sagt: Hört zu! Wir haben jetzt noch einmal einen Winter vor uns, in dem die Pandemie bei euch zuschlagen wird. Wir müssen alles tun, damit die Schulen offenbleiben. Wir müssen auch alles tun, damit ihr, wenn ihr eine Impfung haben wollt, sie auch bekommt, ohne Druck - denn den dürfen wir in der jetzigen Situation nicht aufbauen - und in einem sicheren System.

Wir müssen alles dafür tun, damit wir eine neue strategische Ausrichtung des Lernens bekommen. Dazu gehören auch Studierende, deren Praktika zu einem großen Teil auch abgesagt worden sind. Ich finde es spannend, wenn das noch lange so geht, wie ohne bedside teaching der nächste Arzt an meinem Bett stehen soll, wenn ich einmal alt und klapprig bin. Darüber mag ich gar nicht nachdenken. Insofern brauchen wir eine strategische Idee. Da rufe ich die Politikerinnen und Politiker auf, nicht einfach nur bis zur nächsten Inzidenz zu denken, sondern zu fragen: Was können wir denn langfristig machen?

Wir haben ein Dickicht verschiedener Zuständigkeiten gesehen. Da müssen Sie ran! Denn die Kommunen sind manchmal überfordert. Dann klappt das vor Ort nicht, und das ist schade.

Zu dem vorliegenden Antrag habe ich indirekt schon viel gesagt. Nach anderthalb Jahren begrüße ich ihn sehr.

Abg. **Annette Schütze** (SPD): Ich habe eine ganz konkrete Frage, weil Sie anfangs gesagt haben, bezüglich des Impfens solle kein Druck auf die Kinder und Jugendlichen ausgeübt werden. Mein Eindruck ist eher, dass die Kinder und Jugendlichen das gerne wollen, weil sie genau verstanden haben, dass mit einer Impfung Freiheiten verbunden sind, und dass es eher die Eltern sind, die sich Sorgen machen und ihre Kinder lieber nicht impfen lassen wollen. Ist Ihr Eindruck, dass die Kinder und Jugendlichen unter Druck stehen und sagen: „Ich muss diese Impfung wohl haben“? - Wie gesagt: Mein Eindruck ist ein ganz anderer. Dazu hätte ich gerne Ihre Einschätzung.

Noch eine zweite Frage: Sie haben ein Projekt angedeutet, digital gestützte Lernprogramme, das die Ärztekammer zusammen mit der Leuphana Universität entwickelt hat. Dazu hätte ich gerne den Sachstand gewusst; denn Sie haben gesagt - so habe zumindest ich es verstanden -, es sei abgebrochen worden. Vielleicht könnten Sie noch sagen, ob das weitergeführt wird und wann das umgesetzt wird. Ich finde, das klingt sehr interessant.

Dr. Thomas Buck: Dieses Projekt mit der Leuphana Universität ist während der Pandemie völlig zum Erliegen gekommen; das finde ich sehr schade. Wir versuchen gerade, die Kontakte neu anzubahnen. Man muss aber auch sagen: Lehrstühle werden manchmal neu besetzt. Dann setzen sich dort andere Schwerpunkte durch. Ich habe die Hoffnung, dass wir das verändern können, wenn wir da häufig genug sägen. Die Leuphana Universität ist ja auch in der Lehrerbildung sehr aktiv. Daher wäre es natürlich toll, wenn wir den Lehrerinnen und Lehrern diese Instrumente als Teile des Unterrichts zur Verfügung stellen könnten.

Sie erinnern sich vielleicht, dass die Ärztekammer vor zwei Jahren gefordert hat, das Fach „Gesundheit“ einzuführen. Das war natürlich die Schlagzeile für die Presse. Wir wollten tatsächlich medizinische Inhalte in möglichst vielen Schulfächern prägen; denn unser Körper, unser Leben, die Umwelt usw. sind eminente Themen.

Zu Ihrer ersten Frage zur Impfmotivation: Viele Jugendliche entscheiden sich für eine Impfung, weil sie dann vermeintlich mehr Freiheit haben.

Das Erste, was sie denken, ist: Wir können dann vielleicht doch mehr normal leben und ohne Maske in der Schule sitzen. - Einen Teil der Illusion des normalen Lebens müssen wir ihnen wohl leider nehmen. Das ist bei der Impfmotivation ein bisschen schwierig. Ich glaube, dass das Ganze sehr vielfältig ist. Einige sagen auch ganz klar: Ich bin ein Teil der Herdenimmunität. - Das halte ich an dieser Stelle für wichtig und finde ich toll; meine volle Hochachtung! Aber der Freiheitsgedanke beinhaltet im Umkehrschluss auch immer die Frage: Wie viel Party darf ich dann machen? - Ich denke, aus der Sicht der Kinder und Jugendlichen ist das auch berechtigt.

Abg. **Lars Alt** (FDP): Herr Dr. Buck, herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Ich habe zwei konkrete Fragen zu zwei Punkten in Ihrer schriftlichen Stellungnahme.

Das Erste betrifft Long-Covid, weil das für die politische Steuerung zwischen Bildungsteilhabe und Gesundheitsschutz relativ entscheidend ist. In Ihrer Stellungnahme steht, dass Sie ein Projekt dazu in Vorbereitung hätten. Vielleicht können Sie angesichts der mauen Datenlage sagen, was das genau ist.

Der zweite Bereich, den wir sonst immer nur ein bisschen aus der Perspektive der Kultuspolitik hören, ist die frühkindliche Bildung. Da beschäftigt auch uns, dass wir eine große Kompensation zu leisten haben, was den Sprachstand usw. von Kindern angeht. Sie schlagen eine strategische Neuausrichtung der frühkindlichen Bildung vor allen Dingen auch im Bereich der Motorikförderung vor. Vielleicht können Sie uns aus ärztlicher Sicht schildern, wie Sie die frühkindliche Bildung neu gestalten würden.

Dr. Thomas Buck: Das sind zwei sehr große Gebiete. Zu Long-Covid: Ich bin gerade dabei, mit der MHH eine Arbeitsgruppe dazu auf den Weg zu bringen, in der wir zum einen der Frage nachgehen wollen, welche Organsysteme wir uns genau anschauen wollen, wenn wir das Gefühl haben, wir haben ein Long-Covid- oder ein Fatigue-Syndrom. Das andere ist: Das Ganze muss wissenschaftlich begleitet werden. Das heißt, wir brauchen dann irgendwann auch einen Kostenträger dafür. Wir haben die Hoffnung, dass wir das Projekt in den nächsten Tagen so weit haben, es dem Land vorstellen zu können.

Zur frühkindlichen Bildung: Bei der U7 bei einem zweijährigen Kind können Sie die Wünschelrute

befragen, wo es einmal landen wird. Da sind die Weichen bereits gestellt. Das heißt, wenn man bei einem zweijährigen Kind noch die Weichen stellen will - es kann vielleicht eine Teilhabe an der höheren Bildung haben -, muss man sehr früh damit beginnen. Aber das tun wir in Deutschland einfach nicht; das ist sehr schade. Ich glaube, wir versäumen, dass der Kindergarten auch eine Bildungsstätte sein kann.

Eine der grausamsten Erfahrungen als Kinder- und Jugendarzt ist: Man sieht sehr früh, dass man die Kinder nicht auf eine gute Schiene bekommt; das ist ganz schrecklich. Das heißt nicht, dass sie aus einem zerrütteten Elternhaus kommen. Die Eltern sind durchaus liebevoll. Aber die kriegen es schlicht nicht gebacken. Da gibt es viele Faktoren. Sie sehen das auch bei den Frühen Hilfen. Schauen Sie in Hannover nur einmal, wie häufig Mütter hinter dem Kinderwagen herlaufen und nur auf das Handy starren! Wir wissen: Je mehr Handykonsum die Mutter hat, desto weniger Spracherwerb hat das Kind. Das ist so multifaktoriell.

Wir sind ein reiches Land. Wir sind ein Bildungsland. Wir haben eine Demokratie. Wenn wir sie ernst nehmen, brauchen wir Chancengleichheit. Die sehe ich aber nicht. Das finde ich schwierig.

Ich weiß nicht, wie wir frühkindliche Bildung umsetzen können. Ich bin kein Bildungswissenschaftler. Das müssen andere wissen. Aber uns muss klar sein: Wenn wir dort Mittel streichen und keine Konzepte haben, dann wird sich das rächen. Das ist das Schwierige. Ich finde es zutiefst grausam, diesen Kindern keinen Weg anzubieten.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Dr. Buck, für Ihre eindringlichen Worte. Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie auch in viele andere gesellschaftspolitische Bereiche hineinverweisen haben.

Ich erlaube mir drei Fragen. Die erste Frage ist: Einige Ärzte haben den Hinweis gegeben, dass, weil im letzten Jahr sehr viel Schule ausgefallen ist, das Thema Influenza zusätzlich zu einer möglichen Corona-Welle hinzukommen könnte. Vielleicht haben Sie hierzu hilfreiche Hinweise.

Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie in Ihrer schriftlichen Stellungnahme jeweils auch Lösungen stark herausgearbeitet haben. Das haben wir nicht immer. Ein Aspekt ist das Thema Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie die starke Belastung. Das haben Sie ja auch erwähnt. Hätten Sie

auch hierzu vielleicht einen kurzfristig wirksamen Lösungsvorschlag? Denn es ist ja wirklich dramatisch, was die langen Wartezeiten angeht.

Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie mit „Druck auf die Familien“ meinen: „Ich muss zur Arbeit. Ich muss das Kind unterbringen. Insofern nehme ich auch Risiken in Kauf und bin ein bisschen im Blindflug“? - Sie nicken.

Dr. Thomas Buck: Zu den Infekten kann ich eines ganz klar sagen: Wir haben im Sommer erstmalig RS-Viren gesehen. Das sind Viren, die unsere Patienten normalerweise von November bis Februar drangsaliieren. Da war das Kinderkrankenhaus Auf der Bult schon zugelaufen. Das ist exemplarisch für das ganze Land.

Man hat in Australien gesehen - dort hat es einen sehr harten Lockdown gegeben -, dass die dann im Sommer Erreger hatten, die man im Sommer normalerweise nicht hat. Unser Immunsystem braucht auch ein gewisses Training mit Infekten. Das fehlt uns allen.

Hinzu kommt: Alle haben gesagt, dass es letztes Jahr keine Grippe gab. Sie können sich vorstellen, wie viele Menschen, die eine Risikoerkrankung haben, sich dieses Jahr noch impfen lassen werden. Das werden sehr wenige sein.

Ich kann nur eines sagen: Immer dann, wenn wir in einer immunologischen Gruppe eine Lücke haben, schlägt die Natur ganz gerne einmal zurück. Wenn wir jetzt Hygienemaßnahmen zurückfahren, ist das natürlich eine offene Flanke, was andere Viruserkrankungen angeht. Da könnte die Grippe natürlich auch einmal richtig reinhauen. Insofern kann ich nur an alle, die grippegeimpft gehören, appellieren, das bitte auch umzusetzen.

Hinter mir sitzt Herr Neuhaus. Er war einer der Taktgeber. Wir haben in der Ärztekammer einen Vorstandsarbeitskreis zum Thema Post-Covid bei Kindern gemacht. Ich kann das Wort gleich an ihn weiterreichen, was die Kinder- und Jugendpsychiater angeht.

Ich finde - das gilt aber nicht für die Hardcorefälle -, vielleicht müssen wir mit den Kostenträgern vereinbaren, dass man mehr Gruppentherapie zulässt.

Ganz schwierig ist, dass die Vernetzung zwischen ambulant und stationär überhaupt nicht funktioniert. Aber das geht natürlich auch nur mit den Kostenträgern. Wenn man Kinder mit psychiatrie

schen Erkrankungen hat und sich nicht sicher ist, ob sie suizidal sind oder nicht, bekommt man sie vielleicht kurzfristig in der Kinder- und Jugendpsychiatrie unter, wenn man Glück hat. Die schauen sich die Kinder dann an und sagen: Na ja, so richtig suizidal ist das Ganze nicht. - Dann sind die Kinder relativ schnell wieder draußen. Und der nächste Termin in der Ambulanz ist in drei Monaten. Super! Das ist ganz schwierig. Dafür habe ich keine Lösung, sondern da verzweifle ich.

Kinderkrankenhaus Auf der Bult

*Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 6
dazu: Nachtrag 1*

Anwesend:

- **Dr. Agnes Genewein**
- **Dr. Burkhard Neuhaus**

Dr. Agnes Genewein: Wir danken dem Landtagsausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung für die Einladung zu dieser Anhörung. Dieser Dank erfolgt ausdrücklich auch im Namen der rund 50 000 Kinder, die wir im Kinderkrankenhaus Auf der Bult pro Jahr behandeln, und im Namen ihrer Familien. In der Kinder- und Jugendmedizin spielt das familiäre Umfeld eine zentrale Rolle für die Gesundheit der kleinen Patienten. Die Angehörigen bzw. die Bezugspersonen der Kinder und Jugendlichen sind integraler Bestandteil unseres Vorsorge- und Versorgungssystems. Darum rennen Sie mit Ihrem Antrag „Einbahnstraße Corona? - Interessen von Kindern und Jugendlichen in und nach der Pandemie stärker berücksichtigen“ bei uns offene Türen ein.

Was Sie heute in den gut drei Stunden dieser Anhörung in den Mittelpunkt Ihres Interesses rücken, dafür kämpfen wir rund um die Uhr und 365 Tage pro Jahr. Das wollen Sie bitte nicht als Vorwurf verstehen, sondern nur als eine nüchterne Feststellung.

Wir leben in einer Erwachsenenwelt, in der Minderjährige deutlich in der Minderzahl sind und ihre Interessen in der Regel nicht an erster Stelle stehen. Auch diese Aussage ist nicht als Kritik gemeint, sondern eine bloße Feststellung. Was ich damit sagen möchte, ist: Während wir Erwachsene uns ständig um unsere Anliegen kümmern, braucht es bei Kindern oft einen zusätzlichen Impuls, damit sich etwas in ihrem Interesse bewegt -

so wie jetzt bei Corona, wo wir auf einmal merken, dass die mit bestem Wissen und Gewissen ergriffenen (Erwachsenen-)Maßnahmen für Kinder und Jugendliche zum Teil verheerende Konsequenzen haben. Nachfolgend eine unvollständige Liste von Auswirkungen, welche die Pandemiemaßnahmen auf unsere Patienten haben:

Wir sehen deutlich mehr schwere Fälle von Zwangsstörungen, Depressionen und Essstörungen.

Wir erkennen Auffälligkeiten weniger schnell, weil es weniger soziale Interaktionen mit Gleichaltrigen sowie mit Lehr- und Erziehungspersonen gibt.

Dazu kommt: Der soziale Rückzug bzw. weniger Übung in sozialen Interaktionen und weniger Anregungen für den Reifungsprozess führen dazu, dass

- negative Medienberichte Ängste fördern und Kinder sich noch weiter zurückziehen,
- digitale Medien vermehrt genutzt werden und deren Suchtgefahr zunimmt,
- reale und persönliche Kontakte unter den Menschen abnehmen und
- das Problem von Übergewicht aufgrund mangelnder Bewegung deutlich ansteigt. Dazu hören wir nachher noch Zahlen, soweit ich weiß.

Geschlossene Schulen verringern soziale, motorische und schulische Entwicklungen.

Ein Verzicht auf medizinische Versorgung reduziert das medizinische Angebot on the long term und sorgt dafür, dass ernste Erkrankungen weniger diagnostiziert und behandelt werden.

Diese Entwicklungen sind beängstigend und stehen im Widerspruch zu der Tatsache, dass Kinder und Jugendliche kaum schwere Corona-Erkrankungen haben. Aus unserer Sicht sind deshalb Einschränkungen für Minderjährige nicht gerechtfertigt, wenn diese ergriffen werden, um nicht impfwillige Erwachsene zu schützen.

Zudem stellen wir uns gegen die Schließung von Schulen und Ausbildungsstätten sowie die Reduktion von Sportangeboten für Kinder und Jugendliche. Vielmehr gilt es, körperliche Aktivitäten von Minderjährigen gerade in der Pandemiezeit zu fördern. Entsprechende Konzepte, die wir

Ihnen gerne näher erläutern, liegen vor und können umgehend umgesetzt werden. Der schleichenden Vermeidung des Schulunterrichts ist dezidiert entgegenzuwirken.

Basale telemedizinische Angebote in der Kinder- und Jugendmedizin sind zu forcieren und nicht zu unterbinden.

Verstehen Sie uns nicht falsch: Unser Appell ist keine Kritik an unseren Behörden, die in einer außerordentlichen Situation zum Handeln gezwungen sind und alles versuchen, um Land und Leute möglichst vor Schaden zu bewahren. Mit unserem Appell wollen wir vielmehr daran erinnern, dass man nicht alle und alles über einen Leisten schlagen kann und soll. Dabei sind wir bei einem Grundproblem der Kinder- und Jugendmedizin in unserem Gesundheitssystem sind: Kinder sind keine kleinen Erwachsenen, werden aber oft so behandelt. Dies gilt insbesondere bei der Festsetzung von Entgelten für die Kinder- und Jugendmedizin.

Als Organisation, die eine umfassende Versorgung für Kinder und Jugendliche leistet und diese auch während der Corona-Pandemie stets aufrechterhalten hat - übrigens auch stets mit Begleitpersonen im Kinderkrankenhaus -, sind wir nicht nur fachlich und organisatorisch gefordert, sondern zunehmend und massiv auch finanziell. Die Corona-Pandemie verschlechtert die finanzielle Situation der Kinderkrankenhäuser und der Kinderabteilungen zusehends.

Auch die Kinder- und Jugendpsychiatrien leiden unter dieser Gesundheitskrise. Deshalb ist es dringend angezeigt, dieses Problem auf der Ebene des Bundes anzusprechen und zu lösen. Andernfalls riskieren wir, dass die Kinderkrankenhäuser finanziell komplett ausbluten. Das würde die bestehende Versorgung nachhaltig beeinträchtigen und unserem bereits heute belasteten Sozialsystem enorme Folgekosten aufbürden. Daran kann niemand ein Interesse haben.

Wir möchten Sie deshalb bitten, die Situation der Kinder- und Jugendmedizin über die Corona-Pandemie hinaus im Auge zu behalten und alles in Ihrer Macht Stehende zu tun, damit Ihr heutiges Thema „Einbahnstraße Corona? - Interessen von Kindern und Jugendlichen in und nach der Pandemie stärker berücksichtigen“ mit Nachdruck weiterverfolgt wird.

Ganz herzlichen Dank für Ihr Verständnis und Ihre Unterstützung!

Wir beide stehen jetzt für Fragen gerne zur Verfügung.

Abg. **Annette Schütze** (SPD): Frau Dr. Genewein, Sie haben angerissen, dass körperliche Aktivitäten natürlich sehr wichtig sind und dass Sie Konzepte dazu entwickelt haben. Dazu wüsste ich gerne Näheres. Ich will das auch gerne erläutern. Der Entschließungsantrag soll ja durchaus auch konkrete Handlungsempfehlungen beinhalten, deren Erarbeitung uns in der Politik vielleicht schwerfällt. Ein Grund, warum wir Sie eingeladen haben, ist, dass wir diese konkreten Handlungsempfehlungen hören und sie möglicherweise in diesen Entschließungsantrag einpflegen.

Dr. Agnes Genewein: Danke schön für die Frage. Wir haben das Konzept dabei. Ich kann es Ihnen nachher gerne geben (s. **Nachtrag 1 zur Vorlage 6**). Es geht darum, dass die Kinder in den Schulen und außerhalb der Schulen wieder zu Sport hingeführt werden. Gestern hatten wir das Jubiläum „16 Jahre KiCK“. Dabei geht es um übergewichtige Kinder. Dort ist auch der Verein Hannover 96 aufgetreten, mit dem wir eine Kooperation haben und der selbst ein ausgezeichnetes Programm aufgelegt hat, nämlich peb. Dabei geht es um Persönlichkeitsentwicklung, Ernährung und Bewegung. Der Verein Hannover 96 braucht dafür pro Jahr 5 500 Euro. Er hatte ganz große Schwierigkeiten, dieses Geld zusammenzusammeln. Das hat mich erschreckt. Das sind meiner Meinung nach Dinge, die wir dringend fördern sollten.

Der Verein Hannover 96 hat uns berichtet, dass er jetzt, da wieder alles offen ist, einen Ansturm erlebt und - glücklicherweise - gar nicht alle Anfragen annehmen kann. Das zeigt mir: Es wurde langsam gehört, dass man hier etwas tun muss und dass die Kinder wieder Bewegung brauchen. Sie brauchen aber auch Manpower. Als Verein braucht man auch ein bisschen Geld. Das kann man nicht nur mit Beiträgen erledigen. Für peb wird ein Beitrag von 8 Euro pro Monat erhoben. Das ist nicht viel. Aber für alles reicht das Geld nicht. Insofern muss man das unterstützen und fördern. Ich glaube, 5 500 Euro pro Jahr, liebe Abgeordnete, kann man zuversichtlich zur Verfügung stellen.

Zu unserem eigenen Konzept zur Bewegungsförderung gebe ich an Herrn Dr. Neuhaus weiter.

Dr. Burkhard Neuhaus: Was macht Sport? - Sport fördert nicht nur Bewegung, sondern auch die soziale Interaktion. Das ist ein Erlebnisraum für Kinder, den wir unbedingt fördern sollten.

Ich war beim StadtSportBund. Die Rückmeldung war, dass die Mitgliederzahlen in vielen Vereinen rückläufig sind. Gleichzeitig gibt es das Problem, die Kinder mit den Sportangeboten der Vereine in Kontakt zu bringen. Die Frage ist: Wie bekomme ich einen Brückenschlag hin - nicht nur für ein Migrantenkind; es geht auch um die deutsche Bevölkerung, wenn der Vater bzw. die Mutter nicht im Sportverein ist -, dass jemand in einen Sportverein geht?

Die Idee war zum einen: Lasst uns auf die Grundschulen zugehen! Dort haben wir engagierte Eltern. Das kennt jeder, der Vater oder Mutter ist. Da ist man noch ganz anders gefordert und hoch motiviert. Es gibt einen kleinen Obolus für diejenigen, die die Kinder als Lotse von der Schule in bestehende Sportangebote begleiten, um die Möglichkeit zu eröffnen, dass dieser Kontakt zustande kommt. Jeder, der Kinder im Grundschulalter hat, weiß, welche Hemmungen man hat, ein Kind 2, 3 km weiter weg zu schicken. Aber den Weg zur Schule kennen sie alle. Damit fühlen sich die Eltern auch sicher. Wenn es dann noch Eltern gibt, die in das Angebot begleiten, wäre das ein relativ einfacher Brückenschlag.

Das andere ist die Frage: Können Vereine - das werden nur einzelne können -, ähnlich wie die „Jugendspiele“, das eigene Sportangebot für die Kinder an einem Aktionstag für eine Schule darstellen? - Dabei werden sicherlich einige - viele werden finanzielle Probleme haben - mit einer Schnuppermitgliedschaft für ein Viertel oder halbes Jahr versehen, um eine Kontinuität zu ermöglichen.

Mir wäre es wichtig, dass wir versuchen, diesen Brückenschlag zwischen Verein und Kindern zu vereinfachen. Ich glaube, das ist ein relativ niedrigschwelliges und einfaches Mittel, um das zu gewährleisten.

Abg. Volker Bajus (GRÜNE): Vielen Dank auch meinerseits für den Vortrag. Ich würde ganz gerne die Frage wiederholen, die ich schon Herrn Dr. Buck gestellt habe. Er hat ja ein paar Andeutungen gemacht, wie man eine Entlastung in der Kinder- und Jugendpsychiatrie vielleicht auch kurzfristig hinbekommen könnte. Könnten Sie da-

zu noch etwas formulieren in Ergänzung zu dem, was Sie schon aufgeschrieben haben?

Dr. Burkhard Neuhaus: Das eine ist, zu ermöglichen, dass zum Abschluss stationärer Behandlungen auch in den letzten Behandlungswochen niedergelassene Kollegen direkt von den Patienten besucht werden können, um einen ununterbrochenen Behandlungsverlauf zu ermöglichen.

Das andere ist: Man muss ganz ehrlich sagen, dass die Systeme schon seit Jahren an den Anschlägen sind. Wenn man noch um 100 oder 110 % steigern soll, stellt sich die Frage: Mit wem eigentlich? Wer soll diese Arbeit leisten? - Wir kommen nicht umhin, weiter und stärker auszubilden. Wir brauchen mehr Mediziner. Wir brauchen auch mehr Krankenschwestern und Medizinische Fachangestellte. Darin sehe ich eine Aufgabe.

Auch brauchen wir an vielen Stellen regional mehr Plätze. Dieses Problem nur durch eine Interaktionsverbesserung zu lösen, ist eine „schöne“ Idee.

Gruppenangebote zu stärken, ist noch eine Möglichkeit, das vorhandene Potenzial stärker zu nutzen, und das andere ist die Telemedizin, um Patienten mit den Kolleginnen und Kollegen direkt in Kontakt zu bringen, und zwar ohne den hohen Verwaltungsaufwand, der in der Klinik oder in der Praxis notwendig ist, und um vor allen Dingen auch die Wege für Eltern und Patienten zumindest in der Anfangsphase zu reduzieren. Wir sehen häufig auch Patienten, die mit einer Abklärung ausreichend versorgt sind. Die müssen nicht für Wochen oder Monate in die Praxen. Der Aufwand ist für die Eltern, die Kinder sowie die Kolleginnen und Kollegen dann extrem hoch.

Abg. Gudrun Pieper (CDU): Zunächst eine ganz kurze Anmerkung zu Hannover 96, Frau Genewein. Ich weiß, das ist jetzt ein bisschen sarkastisch. Aber 5 500 Euro bei einem solchen Verein als Fehl anzudeuten, da schlucke ich schon ein bisschen. Wenn das ein kleiner Verein vor Ort wäre - ich komme aus dem ländlichen Raum -, dann wäre das natürlich eine ganz andere Sache. Aber darauf will ich jetzt nicht hinaus.

Ich habe eine Frage zu den vermehrten sportlichen Betätigungen. Viele Schulen bei uns im Landkreis machen in Kooperationen mit Sportvereinen gute Programme. Ich stelle jedoch fest, dass sich Schulleitungen im Rahmen der Corona-

Pandemie doch ein bisschen schwertun, das weiterhin zuzulassen, weil sie die Befürchtung haben, in ihren Schulen könnte vielleicht irgendwann einmal ein Hotspot entstehen oder was auch immer. Meine Antwort darauf ist dann immer: Ein Hotspot kann überall auftreten.

Man sollte die Angebote für die Kinder und Jugendlichen jetzt trotzdem wieder steigern und erweitern, um letztendlich das Defizit, das sie in dieser schweren Zeit erlitten haben, nach und nach auszugleichen. Welche zusätzliche Empfehlung würden Sie als Fachleute im medizinischen Bereich geben? - Ich komme aus dem pädagogischen Bereich und habe früher, während meiner Ausbildung, von Frau Prof. Fleming gelernt: Wer sich nicht bewegt, bleibt sitzen. - Das könnte man den Schulleitern vielleicht noch als Handlungsempfehlung geben, damit sie sich sicherer fühlen, die Angebote wieder zu öffnen. Haben Sie da vielleicht noch eine Idee?

Dr. Agnes Genewein: Zunächst eine Anmerkung: Das Kinderkrankenhaus Auf der Bult hat als einziges Krankenhaus in der ganzen Region Hannover durchgehend immer Eltern und Begleitpersonen zugelassen. Wir haben keinen einzigen Ausbruch im Krankenhaus gehabt. Wir hatten von vornherein ein Sicherheitskonzept, das noch immer läuft, immer an die neuen Regeln angepasst, aber auch immer eine Nasenlänge voraus. Wir haben sehr früh mit FFP2-Masken begonnen und haben keine Ausbrüche. Kein anderes Krankenhaus hat da nachgezogen, obwohl wir das immer wieder erzählt haben. In den Erwachsenenkrankenhäusern hat man die Angehörigen draußen gelassen.

Was ich damit sagen möchte, ist: Kinderkrankenhäuser wissen, was Infektionen sind. Wir haben es tagtäglich mit respiratorischen Infektionen zu tun. Genau die Bereiche, die dies tagtäglich tun, haben sich sehr leichtgetan, hier umzustellen. Das war kein großes Problem, weil wir das ohnehin machen. Da und dort war sicherlich ein bisschen Anpassung erforderlich. Es gab auch Verunsicherung.

Ich glaube, was man auch hier zusammenbringen müsste, sind Pädagogik und Kindermedizin. Wir wissen, wir können helfen, aber man muss uns fragen.

Wir sind natürlich nicht auf die Idee gekommen: Wir gehen jetzt in die Schulen und helfen den Lehrkräften. - Wir haben festgestellt, dass die

Lehrkräfte sehr unterschiedlich reagieren. Es gab sehr engagierte, und es gab auch die anderen. Das haben wir zur Kenntnis genommen. Da wir selbst sehr beschäftigt waren - wie alle, die mit Corona zu tun hatten -, haben wir das nicht weiterverfolgt.

Hier gibt es aber tatsächlich keine Brücke, wie es auch Herr Buck und Herr Neuhaus schon gesagt haben. Eigentlich sind wir Kindermediziner die Pädagogen und Spezialisten. Wir haben große Schnittmengen. Bei uns geht es nicht ohne Pädagogik, auch wenn das die Krankenkasse nicht gern sieht und hört.

Was ich den Abgeordneten ganz gerne mitgeben möchte, sind grundsätzliche Dinge: Investitionen in die Kindergesundheit. Dazu gibt es Studien - nicht aus Deutschland, aber aus Großbritannien und aus den USA. Die Investitionen in die Gesundheit der kleinen Kinder von null bis fünf Jahren haben einen Return on Investment von 1 : 16 bzw. 1 : 9, je nach Land. Das Return on Investment wurde an Gesundheit im Erwachsenenalter, Sozialbedürftigkeit, Arbeitslosigkeit, Straffälligkeit und Strafvollzug gemessen. Das sind die fünf Punkte. Wenn ich schaue, wo das große Geld ausgegeben wird, muss ich sagen: Da haben wir eine wichtige Aufgabe.

Noch einmal mein Appell: Wir können Kindermedizin nicht über den gleichen Leisten schlagen wie die Erwachsenenmedizin!

Wir bluten aus. Sie werden keine Kinderabteilung in Privatkliniken finden, die wirklich gefördert wird, sondern eher ist es andersherum: Die Privatkliniken schließen die Kinderabteilungen. Es gibt keine Privatklinik, die ein reines Kinderkrankenhaus betreibt. Dabei hat man vor ungefähr 160 Jahren in ganz Europa, nicht nur hier in Hannover, festgestellt: Die Kinder brauchen eine besondere Behandlung, deswegen gründen wir Kinderkrankenhäuser.

In den letzten Jahren sind alle Kinderkrankenhäuser unter das Dach eines großen Klinikums gerutscht, mit dem Erfolg, dass die Medizin dort nicht weiterentwickelt wird, weil diese Abteilungen defizitär sind. Was macht man dann als CEO, als Geschäftsführer? - Man versucht zu optimieren, weil die Mittel ohnehin etwas knapp sind, auch wegen der starken Entwicklung in der Kindermedizin. Gerade läuft ganz viel in der Entwicklung der Kindermedizin, mit der wir Kindern eine neue

Zukunft schaffen könnten. Aber wir können es uns nicht leisten.

Ich habe in der Dermatologie gerade zehn Monate Wartezeit. Im Kleinkindalter ist das verheerend. Aber wir sind die Einzigen. Als Nächstes ist dann Hamburg zuständig. Das sind weite Wege. Ich kann mir keinen neuen Oberarzt leisten, obwohl er vor der Tür stehen würde. Aber ich weiß nicht, wie ich ihn bezahlen soll, weil wir massiv defizitär sind.

Selbstverständlich haben wir auch von dem profitiert, was Herr Spahn verteilt hat. Aber natürlich sind bei uns, wie auch in der MHH, die Kosten viel höher als in einem peripheren, kleinen Krankenhaus, das - ich möchte das nicht abfällig sagen - eine Land-Wiesen-Medizin macht. Wir als Kinderklinik haben eine hoch spezialisierte Medizin mit 35 verschiedenen Disziplinen vor Ort, aber natürlich enorm hohen Vorhalteleistungen. Das wird über die Krankenkasse nicht finanziert.

Wenn Sie dann noch hören, was wir alles tun müssen: Wir müssen im Minutentakt aufschreiben, welche Pflege was macht. - Da hört bei mir das Verständnis auf! Wir müssen wegkommen von der Bürokratie hin zu patientenzentrierter Arbeit. Ich staune: In Berlin müssen unglaubliche Datenberge stehen, die generiert werden, die aber für die Entwicklung der Medizin und insbesondere am Patienten keinen Sinn machen.

Stiftung Universität Hildesheim, Institut für Sozial- und Organisationspädagogik

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 8

(Teilnahme per Videokonferenztechnik)

Dr. Severine Thomas: Der Antrag mit dem Titel „Einbahnstraße Corona? - Interessen von Kindern und Jugendlichen in und nach der Pandemie stärker berücksichtigen“ repräsentiert eine starke Notwendigkeit in der Diskussion, die wir auch hier erleben, und politische Handlungsaufforderungen. Gerade gestern hat das Bundesjugendkuratorium eine erforderliche Gesamtstrategie für Kinder- und Jugendpolitik gefordert, eben keine Ad-hoc-Politik. Damit sind wir mitten im Thema.

Ich möchte vorab noch ein paar Sätze zu mir sagen, warum ich hier heute eingeladen worden bin. Wir beschäftigen uns seit zehn Jahren insbesondere mit der Jugendforschung von jungen Menschen, die benachteiligt sind und die im Kontext

der Kinder- und Jugendhilfe in Jugendwohngruppen sowie der Pflegekinderhilfe aufwachsen. Insofern sind uns diese Thematiken nicht unbekannt.

Wir haben 2020 zwei große Jugendstudien und eine Familienstudie aufgelegt, um die Erfahrungen dieser Adressatengruppen während der Corona-Pandemie zu erheben. Wir haben gesehen, dass insbesondere Jugendliche kaum im Fokus waren und am Anfang stark als diejenigen betrachtet wurden, die die Pandemie nicht ernst nehmen oder die die Treiber der Pandemie sind, weil sie Partys feiern. Damit möchte ich mein Plädoyer beginnen. Eigentlich hätte ich mir gewünscht, dass junge Menschen hier mit im Raum sitzen und in die Diskussion geholt werden.

Mein erster Lösungsvorschlag ist, junge Menschen viel stärker in Gremien, aber auch in ihren Alltagswelten zu beteiligen. Es geht schon in der Schule los, dass junge Menschen dort während der Pandemie bisher kaum Gelegenheiten hatten, ihre Erfahrungen und auch ihre Ideen zu teilen. Das klingt sehr banal. Aber darin steckt viel Potenzial, auch Erkenntnisse über ihre Lebenswelten zu gewinnen und ihre Ideen mitzunehmen.

Es klang bereits an, dass wir die Belastungen erkennen. Aber im Moment besteht die Tendenz, stark zu pathologisieren und die Krankheitsperspektive in den Blick zu nehmen. Es gilt aber, auch die sozialen Lebenswelten in Augenschein zu nehmen, die vielleicht auch zu stärkeren Belastungen in der Pandemie geführt haben, und die Risikofaktoren noch genauer zu betrachten.

An unseren Daten sehen wir ganz klar: Es gibt soziale Ungleichheiten in den Betroffenheiten durch die Pandemie. Da sehen wir höhere Belastungen. Bei Armutsfamilien, kinderreichen und alleinerziehenden Familien entsteht ein klarer Auftrag an die Politik, auch diese Faktoren der Pandemie mit in den Blick zu nehmen.

Insbesondere die jungen Menschen konnten in den vergangenen Monaten nicht diskriminierungsfrei und nicht bedarfsgerecht sozial teilhaben. Wir haben sehr deutlich gesehen, dass sie erst viel später in den öffentlichen Raum - hier sind die Sportvereine genannt worden -, aber auch in die Schulen zurückgekehrt sind. Auch sind sie erst viel später wieder in ihre Lebenswelten zurückgekehrt, als die Erwachsenen das konnten, indem wir bei ihnen durch Homeoffice oder andere Möglichkeiten, beispielsweise wieder an den Arbeits-

platz zurückzukehren, doch eine gewisse Normalisierung erzeugen konnten. Das war bei Kindern und Jugendlichen erst deutlich später gegeben.

Auch die Kontaktregelungen, also die Vorgabe von Zahlen, waren überhaupt nicht jugendgerecht. Wir haben in den Studienergebnissen auch gesehen, dass der Peer-Bezug aufgrund dieser Kontaktregelungen in vielen Bereichen stark verloren gegangen ist und nicht unmittelbar nach den Öffnungen wiederaufgebaut wurde. Wir haben im Grunde auch auf politischer Ebene feststellen müssen, dass nicht kinder- und jugendgerecht reagiert wurde. Daraus müssen wir lernen.

Es lohnt jetzt nicht, rückschauend Kritik zu üben, sondern wir müssen eher daraus lernen, dass Kinder und Jugendliche viel weniger auf feste Beziehungen aufsatteln, wie das viele Erwachsene jetzt auch in der Pandemie getan haben, indem sie Kontakte digital gepflegt haben. Junge Menschen profitieren viel stärker auch von den Ad-hoc-Kontakten in ihren Entwicklungsaufgaben. Insofern unterstütze ich die Vorschläge, insbesondere auch im Freizeitbereich stärker aus- und aufzubauen.

Der Blick darf aber nicht nur medizinisch gelenkt werden. Hier möchte ich insbesondere die Kinder- und Jugendhilfe ins Feld führen. Herr Buck hat vorhin gesagt, dass die Jugendämter im Falle von Kindeswohlgefährdungen nicht unbedingt kontaktiert werden. Da haben wir eine komplexe Gemengelage. Problematisch war anfangs die Erreichbarkeit dieser Ämter. Wir wissen schon seit vielen Jahren, dass die Ausstattung nicht nur der Jugendämter, sondern der Kinder- und Jugendhilfe insgesamt sehr schlecht ist. Das gereicht uns jetzt deutlich zum Nachteil.

Die Repräsentanz von Schulsozialarbeit, von Jugendzentren sowie von ASD oder KSD, also Sozialdienstmitarbeiterinnen und -mitarbeitern, ist im Moment so schlecht, dass die Problemlagen, die jetzt als Folgewirkungen der Pandemie in Familien entstanden sind - nicht nur in Armutsfamilien, sondern das ist inzwischen auch sehr in der Mittelschicht angekommen -, gar nicht bearbeitet werden können. Auch die Erziehungs- und Lebensberatungsstellen, die öffentlich zugänglich sind - dies schließt an die medizinische Versorgung an -, können den Bedarf gar nicht decken.

In anderen Bereichen stellen wir fest, dass Familien gar nicht erreicht werden. Da braucht es viel mehr auch aufsuchende Arbeit. Das reklamieren

auch viele sozialpädagogische Fachkräfte, die dies aber aufgrund der schlechten Ausstattung mit Fachkräften gar nicht leisten können.

Das sind nur einige Schlaglichter, mit denen ich einsteigen will.

Wenn man sich die Ergebnisse der JuCo-Studien anschaut, stellt man fest, dass fast 50 % der jungen Menschen gesagt haben, sie hätten Zukunftsängste und hätten sehr gravierende Einsamkeitserfahrungen in der Pandemie gemacht. Auch das Thema Schutz ist hier angeklungen. Da der Schutz im privaten Raum für einen Teil der jungen Menschen nicht gewährleistet war, müssen wir gerade wegen dieser Ergebnisse sehr intensiv auf erforderliche Infrastrukturen schauen. Die gilt es auszubauen.

Es muss sehr eng an den Lebenswert der jungen Menschen herangetreten werden. So müssen insbesondere auch in den Sozialräumen Spiel-, Sport- und Beratungsangebote gemacht werden. Die Sportvereine sind heute schon mehrfach angesprochen worden. Für viele Zielgruppen ist es aber viel zu hochschwellig, in einen Verein einzutreten. Letztendlich muss dies, wie es schon meine Vorrednerin hat anklingen lassen, auch in den Schulen ansetzen, also an den Orten, an denen die jungen Menschen ohnehin repräsentiert sind. Sie müssen dort auch abgeholt werden. Wir müssen uns von traditionellen Formen der Freizeitgestaltung und auch von der institutionellen und der bezahlten Freizeit ein bisschen lösen und die Angebote viel stärker öffnen.

Wir sehen letztlich auch, dass die soziale Ungleichheit nicht ein Ergebnis der Pandemie ist, sondern dass sie schon vorher bestanden hat, wir sie jetzt im Grunde nur sehr viel verschärfter rückgespiegelt bekommen.

Zu guter Letzt kann ich nur sagen: Es gilt, junge Menschen zu beteiligen. Wir selbst haben Beteiligungsformate auch über unsere Studienergebnisse gemacht. Dabei kommen viele Ergebnisse heraus, die noch differenziertere Erkenntnisse zutage fördern, wie es jungen Menschen geht, beispielsweise auch jungen Menschen an Gymnasien. Auch bei uns in den Hochschulen erleben wir hohe Belastungen von Gruppen, die man erst einmal gar nicht so in den Blick nimmt, weil man denkt, dass das akademisch gut gebildete junge Menschen sind und dass sie an den Universitäten oder auch an den Gymnasien gut versorgt sind.

Wir müssen sehr genau hinschauen, welche Belastungen es auch dort gibt.

Angesichts des hohen Erwartungsdrucks, jetzt auch Bildungsrückstände aufzuarbeiten, gilt es, sehr genau zu reflektieren, ob wir damit junge Menschen nicht zusätzlich mit Erwartungen, Zukunftsperspektiven oder auch Zukunftsängsten, die da geschürt werden, belasten.

Vor diesem Hintergrund - dies ist auch meiner schriftlichen Stellungnahme zu entnehmen - brauchen wir viel mehr Forschung. Wir haben im Moment viele Versatzstücke an empirischen Erkenntnissen und ersten Forschungsergebnissen. Aber das bräuchten wir viel geschlossener, um überhaupt ein vollständiges Bild darüber zu bekommen, wie es Kindern und Jugendlichen jetzt noch in der Pandemie, aber vielleicht auch perspektivisch geht und welche Strukturen wir dafür brauchen. Dafür muss man schließlich auch Geld in die Hand nehmen - das haben wir heute schon an vielen Stellen gehört -, aber nicht nur im medizinischen Bereich oder im Bereich des Sports, der immer sehr stark anklingt, sondern insbesondere auch in den sozialpädagogischen Handlungsfeldern.

Vors. Abg. **Holger Ansmann** (SPD): Vielen Dank für Ihre Stellungnahme. Da Sie angemerkt haben, dass die Kinder und Jugendlichen hier nicht vertreten sind, möchte ich an dieser Stelle darauf hinweisen, dass wir auch den Landesschülerrat zu dieser Anhörung eingeladen haben. Er hat leider abgesagt. Der Landesjugendring kommt im Laufe dieser Anhörung noch zu Wort.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE): Frau Thomas, auch von meiner Seite vielen Dank für Ihre Stellungnahme. Die JuCo-Studie ist ein Thema, über das wir in den Gremien mehrfach diskutiert haben. Vielen Dank, dass Sie sich dem Thema überhaupt so intensiv widmen!

Ich verstehe Ihre Forderungen so, dass Sie zwei Ebenen der Beteiligung verstärkt sehen wollen: einerseits die fachliche Ebene im Sinne auch von einem interdisziplinären Beratungsgremium. Ich glaube, das wird auch von anderen Anzuhörenden heute noch genannt werden. Andererseits wollen Sie, dass wir mehr mit Kindern und Jugendlichen ins Gespräch kommen. Ich glaube, das ist eine Anforderung, die nicht nur für das Land, sondern insbesondere natürlich auch für die örtlichen Ebenen gilt. Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen.

Ich fand den Hinweis auf die Orte „zum Abhängen“ - so haben Sie es formuliert - sehr spannend. Ich glaube, das ist eine echte Herausforderung nicht nur bei geschlossenen Schulen, sondern auch bei Schulen unter etwas strengerem, hygienisch disziplinierterem Betrieb. Müssen wir mit Kindern und Jugendlichen am Ende toleranter sein und ihnen solche Räume zur Verfügung stellen, die dann definitiv nicht durch Erwachsene kontrolliert werden dürfen, um Selbsterfahrung auch möglich zu machen?

Vielleicht können Sie auch noch etwas zum Thema Eigenverantwortung sagen. Ich glaube, das Bild, das Kinder und Jugendliche bei vielen Entscheidungsträgerinnen und -trägern in den letzten Monaten gehabt haben, ist eher ein negatives gewesen. Sie haben uns vom Besseren überzeugt. Ich habe unglaublich viel Disziplin erlebt. Ich meine, dass wir alle eher Grund haben, überrascht zu sein, wie selbstverantwortlich Kinder und Jugendliche unterwegs gewesen sind.

Dr. Severine Thomas: Ich glaube, da müssen wir uns auf die Suche machen. Es gibt keine abschließende Antwort darauf, wie wir junge Menschen beteiligen und wie wir Orte schaffen, an denen sie tatsächlich eigenverantwortlich mit dieser Pandemie umgehen müssen. Ich selbst habe Kinder im Alter zwischen 9 und 18 Jahren und habe gedacht: Die sitzen hier jeden Tag auf dem Präsentierteller. Die haben insbesondere in Zeiten des Lockdowns kaum Gelegenheit, Dinge zu tun, die ich nicht mitbekomme.

Wir müssen uns auch ein Stück weit von der Angst lösen, was passieren kann. Der Begriff „Hotspot“ ist gefallen. Vielmehr müssen wir ihnen die Verantwortung auch zutrauen. Wir haben schon mit der JuCo-Studie I gezeigt, dass sie diese Verantwortung übernehmen und dass sie die Gefahr, die von dieser Pandemie ausgeht, sehr früh erkannt haben. Das haben nur viele nicht vermutet.

Wir müssen sie auch mit in die Bewegung nehmen, mit dieser Pandemie umzugehen. Sie haben bewiesen, dass sie Bewältigungsstrategien haben. Auch das möchte ich hervorheben.

Wir haben jetzt hier viele kritische Gesundheitsaspekte angesprochen. Aber man könnte auch annehmen, dass es noch viel schlimmer hätte kommen können. Ich finde, man muss auch würdigen, dass viele junge Menschen einen guten

Umgang damit gefunden und auch gelernt haben, mit schwierigen Herausforderungen umzugehen.

Man sollte jetzt nicht in einer Schockstarre verharren, sondern in den pädagogischen Orten, aber auch im öffentlichen Raum zulassen, dass junge Menschen sich ihn zurückerobern.

Ich staune, wie selbstverständlich junge Menschen Masken tragen. Meine Kinder dürften die Maske in der Schule zeitweilig absetzen, sagen aber: Nein, das machen wir erst einmal noch nicht, weil wir noch nicht richtig wissen, ob wir uns gut damit fühlen! - Ich glaube, da muss man sehr gut mit ihnen im Dialog sein, auch in der Schule. Das findet meines Erachtens noch zu wenig statt, vielleicht auch, weil die Lehrerinnen und Lehrer gerade mit vielen anderen Dingen beschäftigt sind, wovor ich den Hut ziehe. Auch in den Schulen bräuchten wir eigentlich Gelegenheiten, mit ihnen diese Pandemie aufzuarbeiten. Ich würde behaupten, dass auch das zur Gesunderhaltung beiträgt.

Wir sollten ihnen auch wieder Orte überlassen - egal, wo in der Öffentlichkeit, ob am See oder im Wald -, wo sie selbst austarieren müssen, wie nah sie sich kommen und ob sie sich vorher testen. Da muss man sich, wie auch wir Erwachsene dies tun, Räume wieder vorsichtig eröffnen.

Zu dem Gremium, das ich vorgeschlagen habe: Wir brauchen eine Gesamtstrategie. Da müssen wir uns auf den Weg machen, damit das kein Flickenteppich wird, sondern wir müssen da eine gesamt-niedersächsische Überlegung anstellen: Wie sollen junge Menschen auch an politischen Prozessen mitwirken? - Die Kommunalwahl steht vor der Tür. Junge Menschen sollen ja auch politisch tätig werden. Ich finde, wir können in dieser Pandemie unter Beweis stellen, dass wir das ernsthaft wollen.

Abg. **Annette Schütze** (SPD): Die Politik hat ja durchaus auf die Hinweise reagiert, die wir bekommen haben. Beispielsweise sind die Jugendeinrichtungen seit dem 1. November letzten Jahres dauerhaft geöffnet geblieben. Dazu ist meine Frage: Wie ist das bei den Kindern und Jugendlichen angekommen? Ist überhaupt angekommen, dass die Politik dafür gesorgt hat?

Das Ganze ist ja ein Hin und Her. Es steht der Vorwurf im Raum, die Politik habe sich zu spät gekümmert und der vorliegende Antrag sei zu spät gekommen. Fakt ist aber auch, dass wir ge-

rade in diesem Ausschuss immer wieder - da schaue ich zu Herrn Bajus, zu Frau Schütz und auch zu allen anderen Kolleginnen und Kollegen - Fragen zur Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen gestellt haben. Wir haben versucht, soweit das möglich war, Öffnungen hinzubekommen. Ein Ergebnis war die dauerhafte Öffnung der Jugendzentren seit dem 1. November. Meine Frage: Ist das bei den Kindern und Jugendlichen angekommen bzw. von ihnen wahrgenommen worden oder vielleicht auch nicht? - Das wäre eine wichtige Rückmeldung.

Die zweite Frage geht auch ein bisschen in diese Richtung. Das Land Niedersachsen hat im Rahmen des Aufholpakets des Bundes das Programm „Startklar in die Zukunft“ auf den Weg gebracht. Darüber wird vom Ministerium bestimmt noch berichtet werden. Es gibt elf Handlungsfelder, die ganz viele Bereiche abdecken, alles im Freizeitbereich. Ich meine jetzt nicht den Kulturbereich. Inwiefern ist das angekommen? - Ich habe gerade ein bisschen die Befürchtung, dass das noch gar nicht wahrgenommen wurde. Dann wäre die Frage, was man besser machen könnte.

Dr. Severine Thomas: Hinsichtlich der Öffnung der Jugendeinrichtungen im November würde ich nicht sagen, dass das zu spät kam. Aber das war natürlich asynchron. Damals standen die Schulschließungen bevor. Insofern hat es in dieser Situation unmittelbar nichts genützt.

Wir sehen zwar, dass sich dort wieder Öffnungen ergeben. Aber dafür muss es auch eine langfristige Absicherung geben. Es sind nicht nur kurzfristige Sommerprogramme notwendig, die wir jetzt zum Teil gefördert bekommen haben und die ich auch gut und wichtig fand. Wir müssen auch langfristig in einen Prozess gehen, wieder Vertrauen zu diesen Institutionen, zu Jugendzentren, zu Freizeitstätten aufbauen und Geduld haben, dass junge Menschen zurückkommen.

Es reicht auch nicht, mit einem Werbeflyer zu wedeln und zu sagen: „Es gibt uns wieder. Wir sind wieder für euch da“, sondern wir müssen genau hinschauen, warum Kinder und Jugendliche vielleicht auch nicht kommen und welche alternativen Felder sie im Netz oder wo auch immer gefunden haben.

Wir müssen sehr intensiv mit ihnen arbeiten, um auch die sozialen Orte in Präsenz wieder stärker zugänglich zu machen. Dass dieser Wunsch vor-

handen ist, bestätigen junge Menschen ganz eindeutig.

Ich bin jetzt sehr von einer Studierendenstudie geprägt, die in der nächsten Woche veröffentlicht wird. Die Studierenden wollen den sozialen Raum am Campus zurück. Sie wollen soziales Leben. Das Gleiche gilt für Kinder und Jugendliche genauso. Dafür braucht es aber auch eine langfristige Perspektive, beispielsweise auch für Jugendzentren, damit sie sich den veränderten Bedürfnissen auf lange Sicht anpassen können. Ich halte es für eine ganz zentrale Bedeutung, nicht nur mit kurzzeitigen Programmen zu agieren, sondern auch die vorhandenen Infrastrukturen gut auszustatten, und zwar auch langfristig.

Winnicott Institut Hannover

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 2

Anwesend:

- **Uwe Brandes**
- **Andreas Wyborny**

Uwe Brandes: Ich freue mich, heute hier sein zu dürfen. - Ich bin analytischer Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut, Supervisor und Dozent im Studiengang „Therapeutische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen“ am Winnicott Institut. Es ist einmal als Institut des Landes Niedersachsen gegründet worden. In den Jahren darauf ist es irgendwann an die Hochschule Hannover angekoppelt worden. Wir sind seit sieben Jahrzehnten die Anlaufstelle für Säuglinge und ihre Eltern, für Kinder und Jugendliche und deren Angehörige sowie für pädagogische Fachkräfte in und um Hannover herum, wenn es um Fragen der psychischen Gesundheit geht. Neben der ambulanten Versorgung von psychisch kranken Kindern und Jugendlichen - wir versorgen ungefähr 500 Kinder und Jugendliche im Quartal - bilden wir aktuell 120 Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten aus.

Seit Jahren - dies haben wir schon gehört - steigt bei uns im Institut, aber auch in den Praxen der niedergelassenen Kolleginnen und Kollegen die Nachfrage. In den letzten Jahren gab es - die hohe Nachfrage hängt auch damit zusammen - eine zunehmende Aufmerksamkeit für psychische Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen.

Weiter können wir in den letzten Jahren feststellen, dass die Erziehungskompetenzen in vielen Familien nur noch eingeschränkt zur Verfügung stehen oder gar nicht vorhanden sind. Die Erziehung wird dann auf Institutionen übertragen. Kindergarten und Schule werden zuständig. Bestimmte Kinder fallen dort auf und werden dann häufig direkt an uns verwiesen oder über das Jugendamt oder den KSD bei uns vorgestellt. Schon in den letzten Jahren konnten wir diesen Bedarf nicht decken. Kolleginnen und Kollegen berichten, dass es zum Teil Wartezeiten, vor allen Dingen auf dem Land, von einem Jahr und länger gibt.

Die Situation war schon zu Beginn der Coronapandemie sehr angespannt. Zunächst haben wir bei den Anmeldezahlen gar keinen großen Unterschied gemerkt. Das hat etwas damit zu tun, dass die Familien noch ausreichende eigene Möglichkeiten hatten, mit der Krise und den damit verbundenen Kontakteinschränkungen umzugehen. Andere fielen nicht auf, zum Teil auch, weil sich Helfersysteme, z. B. die Familienhilfe, wegen der Ansteckungsgefahren zurückgezogen haben und die Familien alleine gelassen blieben.

Nach einigen Monaten der Pandemie stiegen die Anmeldezahlen dramatisch an. Unsere Warteliste war sehr schnell voll. Wir mussten sie dann schließen. Es meldeten sich ehemalige Patientinnen und Patienten, weil sie erneut Gesprächsbedarf hatten. Andere meldeten sich mit akuten Angstsymptomen, Zwängen und Depressionen. Sie suchten dringend nach einer Therapie oder Diagnostik.

Manche Patientinnen und Patienten mussten wir direkt in den stationären Bereich weitervermitteln; dies haben wir schon gehört. Dort konnten sie aber keine Hilfe bekommen, weil die Stationen voll waren, es sei denn, es lag eine Selbst- oder Fremdgefährdung vor. Aber auch dann blieben sie manchmal nur drei Tage dort. Eine Therapie konnte nicht stattfinden, weil einfach zu wenig Kapazitäten vorhanden waren.

Ich weiß nicht, ob Sie die Untersuchung des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf kennen. Es hat im letzten Jahr 1 000 Kinder zur Situation befragt. Dabei kam heraus, dass sich 71 % durch die Pandemie belastet fühlen. Gab es vor der Pandemie ungefähr 18 % Kinder mit krankheitswertiger Symptomatik, so waren es zum Zeitpunkt der Untersuchung bereits 31 %.

Schwere Krisen oder Traumata führen bei ohnehin schon belasteten Kindern und Jugendlichen zur Bildung von krankheitswertigen Symptomen, die möglichst frühzeitig behandelt werden sollten. Corona ist eine schwere Krise für Kinder und Jugendliche, weil ein Großteil der stabilisierenden Faktoren weggefallen ist: die Schule, die Sportaktivitäten, die Kindergruppe und der Jugendtreff. Großelternbeziehungen konnten nicht gepflegt werden. Die Familienhilfe fiel weg. Diese strukturierenden, helfenden Faktoren bieten Kindern und Jugendlichen Möglichkeiten für korrigierende Erfahrungen. Sie fühlen sich in ihrer Not gesehen und geschätzt.

Kinder und Jugendliche brauchen in allen Entwicklungsphasen einen haltgebenden Rahmen. Er besteht einerseits aus Beziehungsangeboten und andererseits aus Regeln des Zusammenlebens, aus Markierungen, was richtig und falsch ist, und letztlich auch aus Verboten. Der haltgebende Rahmen verändert sich je nach Alter sowie Struktur der Kinder und Jugendlichen. Fällt dieser Rahmen weg und sind die Erwachsenen nicht in der Lage, genügend Halt zu geben, geraten die Kinder und Jugendlichen in ein inneres Ungleichgewicht und werden möglicherweise krank.

Einige können sich eine Zeit lang selbst stabilisieren, anderen gelingt dies nicht. Sie werden aggressiv, ziehen sich zurück, fordern so die Aufmerksamkeit der Erwachsenen ein und machen deutlich, dass sie Halt, Geborgenheit und Unterstützung in der Krise benötigen. Erfolgt dann keine entsprechende Intervention der wichtigen Bezugspersonen, wird aus dem inneren Ungleichgewicht eine schwere Krise. Dies führt dann zu psychischen Erkrankungen wie Depression, Angststörung, Zwangsstörung und Suchtverhalten.

Treten Symptome auf, brauchen die Kinder und Jugendlichen ihre wichtigen Bezugspersonen als stabile Objekte. Aktuell sind aber viele Eltern selbst durch die Pandemie stark verunsichert, weil ihre Existenz bedroht ist oder sie selbst latent depressiv, ängstlich und zwanghaft sind oder geworden sind. Die verunsicherten Bezugspersonen bieten keinen Halt. Die Schule findet nicht mehr statt. Treffen mit der Peer-Group dürfen nicht sein etc. Die Folge ist eine Verschärfung der Symptomatik.

Wenn wir nun Familien betrachten, die bereits vorher in ihren Funktionen geschwächt waren, die vielleicht schon auf Hilfe von außen angewiesen

waren, dann dürfte klar sein, dass diese Kinder und Jugendlichen dringend in den Blick genommen werden müssen.

Es kann nicht sein, dass sich die Jugendhilfe wegen der Pandemie zurückzieht und sie die Familien aus Angst vor Ansteckung allein lässt. Es kann nicht sein, dass Kinder und Jugendliche, die in Familien aufwachsen, in denen Gewalt oder Missbrauch drohen, nicht regelmäßig kontrolliert werden. Es kann nicht sein, dass Lehrerinnen und Lehrern, denen Kinder und Jugendliche auffallen, weil sie psychisch verwahrlost wirken oder weil sie nicht mehr zur Schule kommen, die Verantwortung für die Feststellung einer Kindeswohlgefährdung übertragen wird. Es kann nicht sein, dass Kinder und Jugendliche, weil sie zu Hause kein ausreichendes Internet oder keine technische Ausstattung haben, verloren gehen und sich niemand darum kümmert, wie ihr schulischer Werdegang weitergehen kann.

Die Pandemie hat in vielen Bereichen deutlich gemacht, dass wir nicht wirklich gut auf Krisen vorbereitet sind. Fehler in den Hilfesystemen für Familien sind bereits vor der Krise aufgefallen und zeigen sich jetzt in aller Deutlichkeit. Es muss den politischen Willen geben, dies zu ändern. Dabei sind die entsprechenden Fachkompetenzen mit einzubeziehen.

Wir werden leider erleben, dass viele Kinder, Jugendliche und Familien beschädigt aus dieser Krise herauskommen werden. Für viele Familien wird es nicht genügend Hilfen geben. Dazu gibt es zu wenige Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten und zu wenige Plätze in Kliniken. Es wird zukünftig - es gibt ja eine Ausbildungsreform bei den Psychotherapeuten - noch weniger ambulante Versorgung geben. An allen Ecken und Enden fehlen Sozialarbeiter.

Je später wir intervenieren und je später wir helfen, desto stärker sind die schwerwiegenden Folgen in Bezug auf die psychische Gesundheit mit all den dazugehörigen negativen Begleiterscheinungen für die Gesamtgesellschaft zu spüren.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE): Vielen Dank für Ihre Stellungnahme. Das, was Sie vorgetragen haben, ist wirklich alarmierend. Ich möchte zu einem Punkt etwas fragen. Sie heben auch auf die Vielschichtigkeit der Problemlage ab und sagen, dass wir zwar verschiedenste Institutionen, insgesamt aber eine defizitäre Ausstattung haben. Ich könn-

te mir vorstellen, dass Zusammenarbeit und bessere Kooperationen auch hier eine Lösung darstellen könnten. Vielleicht haben Sie noch einen Hinweis, wie hier besser zusammengekommen werden kann.

Uwe Brandes: Das Problem ist, dass wir alle immer Zusammenarbeit fordern, beispielsweise wenn es um die Kliniken, die Jugendämter etc. geht. Aber das wird in unserem Bereich nicht bezahlt. Das führt dazu, dass dann bestimmte Dinge nicht stattfinden. Wir bekommen Geld nur dann, wenn wir am Patienten arbeiten. Damit finanzieren wir unser Institut. Damit wird die Klinik finanziert. Aber bestimmte Dinge sind sozusagen Freizeitbeschäftigung oder persönliches Engagement. Ich finde, da braucht es eine institutionell geförderte Zusammenarbeit.

Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW Hamburg)

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 11

(Teilnahme per Videokonferenztechnik)

Prof. **Dr. Gunda Voigts:** Herzlichen Dank für die Einladung zu dieser Anhörung. Ich habe mich über den Entschließungsantrag der beiden Fraktionen sehr gefreut. Ich habe einmal nachgeschaut: In Niedersachsen gibt es ca. 1,4 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Viele von denen bewegt die Frage, wie es mit Corona weitergeht. Vor allen Dingen bewegt sie die Frage, wie es für sie selbst mit Corona weitergeht. Wenn man mit Jugendlichen in der Kinder- und Jugendarbeit ins Gespräch geht, stellt man fest, dass sie sich fragen: Wie kann ich jetzt eigentlich mein Leben gestalten?

Sie haben versucht, mit Ihrem Entschließungsantrag einen Rahmen dafür zu geben, dass es gute Antworten auf diese Fragen geben kann. Das ist zumindest meine Hoffnung. Daher möchte ich ganz zu Anfang erst einmal allen Abgeordneten danken, die an diesem Entschließungsantrag mitgearbeitet haben. Ich möchte über die Fraktionen der CDU und der SPD hinaus auch den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen danken, die dieses Thema in der Kinder- und Jugendkommission mit mir und vielen anderen gemeinsam schon lange bewegen. In dem Entschließungsantrag finden sich viele Punkte, die auch dort diskutiert werden. Insofern habe ich die

Hoffnung, dass vielleicht alle Fraktionen diesem Antrag zustimmen könnten. - Das vorweg.

Mir gefällt sehr gut, dass Sie das eigene Regierungshandeln sehr selbstkritisch beschrieben haben. Sie haben sich in den letzten Monaten auch viel angehört: von Verbänden, auch von mir. Sie sind viel kritisiert worden - auch zu Recht, weil die Interessen von Kindern und Jugendlichen auch in Niedersachsen in den letzten anderthalb Jahren nicht genug Berücksichtigung - ich könnte auch sagen: an manchen Stellen gar keine Berücksichtigung - gefunden haben. Aber Sie haben das reflektiert und resümiert und machen jetzt den Schritt nach vorne.

Ich habe ein bisschen die Metapher im Kopf gehabt, Sie machen aus der „Einbahnstraße Corona“ jetzt eine Abbiegung. Sie biegen auf den Schnellweg um und rücken die Interessen der Kinder und Jugendlichen in den Mittelpunkt. Das finde ich toll. Darin würde ich Sie gerne sehr bestärken.

Vorweg kann ich erst einmal ganz kurz sagen: Für mich war das Lesen des Entschließungsantrags ein sehr positives Erlebnis. Ich kann den Forderungen durchgängig meine Zustimmung geben. An ein paar Stellen wünsche ich mir Ergänzungen. Dazu sage ich jetzt etwas. Ich betone auch noch die Dinge, die ich besonders wichtig finde.

Ich möchte mit einem Zitat von Ministerpräsident Weil einsteigen, auch wenn ich weiß, dass er dafür schon viel kritisiert worden ist. Er hat vor zwei, drei Wochen gesagt, wir hätten jetzt eine Pandemie der ungeimpften Erwachsenen. - Nein, das haben wir nicht. Wir haben vor allen Dingen eine Pandemie der Kinder und Jugendlichen, aber nicht weil sie die Erkrankten oder die schweren Fälle sind, sondern weil sie diejenigen sind, die nach wie vor täglich die größten Einschränkungen haben.

Ich erinnere daran, dass Kinder und Jugendliche täglich mit ihren Masken viele Stunden im Klassenraum sitzen, dass sie sich täglich testen, dass sie sich auf den Schulhöfen nach wie vor auf markierten Stellen bewegen, dass das Zusammensein in Schulkantinen noch nicht so läuft und dass die Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit nicht so laufen, wie Kinder und Jugendliche sie eigentlich bräuchten, weil es dafür Bestimmungen gibt. Zusammengefasst: Kinder und Jugendliche treffen nach wie vor auf Regelungen,

die viel strenger sind als die Regelungen, die wir in der Erwachsenenwelt haben. Ich finde, das müssen wir uns immer wieder vor Augen führen, weil dies deutlich macht, wie wichtig Ihre Forderungen sind.

Ich möchte noch ein Bild aufmachen: Die jungen Menschen zeigen selbstverständlich ihre Impfausweise in den Schulen vor, während wir in der Erwachsenenwelt darüber debattieren, dass es in bestimmten Berufen bzw. generell in der Berufswelt ein No-Go sei, Impfausweise abzufordern. Wir haben also nach wie vor diese Ungleichzeitigkeit.

Ich glaube - manchmal hat Ihr Entschließungsantrag noch diesen Duktus -, wir denken noch immer in der Dimension „Aufholen nach Corona“. Leider hat das Bundesprogramm diesen unsäglichen Namen. Zum Glück haben Sie dieses Programm in Niedersachsen umbenannt, nämlich in „Startklar in die Zukunft“. Das ist mir sehr sympathisch.

Mir ist wichtig, deutlich zu machen, dass es nicht darum gehen kann, dass Kinder und Jugendliche aufholen. Vielmehr geht es darum, dass wir jetzt entschlacken. Ich warte darauf, dass endlich in die Lehrpläne geguckt, dort entschlackt und nicht so getan wird, als könnten die Kinder und Jugendlichen jetzt anderthalb Jahre einfach nacharbeiten.

Mir ist auch wichtig, dass junge Menschen gerade jetzt Zeit brauchen, ihre Freundinnen und Freunde zu treffen, in Jugendverbänden aktiv zu sein, sich in der offenen Kinder- und Jugendarbeit zu engagieren, vielleicht den Trainerschein zu machen, ihre Jugendgruppenleiterausbildung zu absolvieren, in der Schülervertretung aktiv und auch in Ihren Parteiorganisationen engagiert zu sein. Ich würde mir wünschen, dass Sie das in Ihrem Entschließungsantrag noch ein bisschen stärker fokussieren. Sie sollten nicht nur sagen, dass es um den Part der Qualifizierung geht, der wichtig ist, sondern auch andere Themen sind wichtig.

In meiner schriftlichen Stellungnahme nehme ich auch Bezug auf einzelne Punkte in Ihrem Antrag. Wichtig ist mir noch das Werben für altersangemessene Regelungen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in den Warnstufen. Im ersten Block Ihres Entschließungsantrags „Leben mit Einschränkungen“ gehen Sie ein bisschen darauf ein. Ich möchte noch sagen: Die Jugendpha-

se ist besonders kurz und einmalig. Wir müssen es ermöglichen, dass Jugendliche Ihre Peers treffen und dass sie Freiräume haben.

Mir ist sehr sympathisch - dies möchte ich bestärken, weil auch das nicht immer die Politik der letzten Monate war -, dass Sie junge Menschen nicht einzig und allein als Teil ihrer Kernfamilie kreieren, sondern dass Sie sie als eigenständige Akteurinnen und Akteure fokussieren. Das ist z. B. in dem zweiten Block „Lebenswelt mit Corona“ der Fall. Das macht noch einmal deutlich, dass die Corona-Verordnungen so sein müssen, dass sich Kinder und Jugendliche auch außerhalb der Familie bewegen können. Vor allen Dingen für junge Menschen in der Jugendphase ist das enorm wichtig.

Mir ist auch sympathisch - dies möchte ich noch stärken -, dass Sie darauf hinweisen, dass Chancengerechtigkeit hergestellt werden muss und dass soziale Unterschiede in den Lebenslagen über Lebenschancen entscheiden. Ich denke, die große Katastrophe in anderthalb Jahren Corona ist es gewesen, dass wir das in den Regelungen wenig berücksichtigt gesehen haben.

Sie fordern mit dem Entschließungsantrag die Ausstattung mit digitalen Endgeräten, ausreichende Internetverbindungen, Mittagessen und Unterstützung beim schulischen Lernen für alle. - Ja, das ist wichtig. Bitte bleiben Sie dabei! Mir ist wichtig, dass das alles mit einem unkomplizierten Antragswesen vollzogen werden muss. Das könnten Sie vielleicht noch ergänzen; das ist mein Vorschlag.

Ich danke Ihnen auch dafür, dass Sie in den Nrn. 3 und 4 des Blockes „Lebenswelt mit Corona“ die Kinder- und Jugendarbeit fokussiert haben, Sie auch die Bedeutung der verbandlichen offenen sportlichen und kulturellen Kinder- und Jugendarbeit hervorheben sowie für die digitale Ausstattung werben. Ich möchte dazu ergänzen: Diese Handlungsfelder brauchen genügend Personal.

Ich möchte noch ergänzen - auch wenn ich weiß, dass das in der Entscheidung der Kommunen liegt und nicht in der des Landes -, dass die Räume vor Ort so ausgestattet werden und aussehen müssen, dass sich junge Menschen dort wohlfühlen können und dass sie auch einladend wirken. Wir haben längst nicht mehr in allen Kommunen in Niedersachsen Räume für junge Menschen. Vielleicht könnten Sie das bestärken.

Manchmal ist es ja leicht, Dinge zu fordern, die man als Landesebene dann gar nicht verantworten muss.

Ein wichtiger Punkt ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Das haben Sie an vielen Stellen angesprochen. Sie reden von Beteiligungswerkstätten. Ich fände es toll, wenn Sie eine Selbstverpflichtung mit hineinnehmen und sagen würden: Ja, wir fangen im Landtag, in unseren Fraktionen und in unseren Parteien damit an. - Vielleicht mögen Sie das noch nachformulieren.

Mir wäre es auch sympathisch, wenn Sie eine Senkung des Wahlalters aufnehmen würden. Ich habe die Zahl in meiner schriftlichen Stellungnahme nicht eingefügt; ich weiß nicht, warum. Das hole ich noch nach. 16 Jahre fordern Verbände im Moment für Kinder und Jugendliche. Sie haben die Chance, das noch für die nächste Landtagswahl möglich zu machen. Das ist ein zentraler Ort der Beteiligung. Der letzte, der 16., Kinder- und Jugendbericht gibt Ihnen viele Gründe, warum wir das tun sollten, nämlich nicht nur aufgrund der Beteiligung, sondern auch aufgrund der Demokratiebildung.

Ich komme zum Ende. Vieles ist schon gesagt worden. Manches können Sie noch nachlesen.

Mir ist noch wichtig zu sagen: Dieser Entschließungsantrag kann aus meiner Sicht wirklich ein Meilenstein auf dem Weg der Beachtung der Interessen von Kindern und Jugendlichen in Niedersachsen werden. Was es aber dazu natürlich braucht, ist eine praktische Umsetzung dessen, was da steht, in Maßnahmen. Papier ist geduldig. Insofern würde ich mir wünschen, dass Sie in Ihren Entschließungsantrag konkrete Punkte dazu aufnehmen. Ein paar habe ich genannt.

Dazu gehört z. B. auch, dass die Mittel aus dem Aktionsprogramm „Startklar in die Zukunft“ endlich freigegeben werden. Die hängen noch irgendwo im zuständigen Ministerium. Ich weiß, dass die Bestimmungen in Absprache sind. Im Kultusministerium laufen die Programme, in diesem Ministerium aber noch nicht. Das finde ich sehr schade. Die Verbände und Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit brauchen dieses Geld dringend. Mir wäre sehr sympathisch, wenn Sie darauf achten und dafür sorgen, dass es zusätzliche Mittel bleiben und sie nicht zum Stopfen der Löcher im Haushaltsplan 2022 genutzt werden.

Ich möchte als letzte Erweiterung anregen, dass Sie den Jugendcheck mit aufnehmen. Dazu können Sie in Ihrem Fachministerium nachfragen. Dies ist auf Bundesebene gut bearbeitet und ausgearbeitet worden, aber in Niedersachsen noch nicht umgesetzt. Wenn Sie sich für den Jugendcheck in den Kommunen und auf Landesebene einsetzen, haben Sie automatisch ein Instrumentarium unter Beteiligung der Kinder und Jugendlichen, das alles das umsetzt, was in Ihrem Entschließungsantrag steht.

Sie haben in den letzten Monaten viel Kritik von mir gehört. Die nehme ich auch nicht zurück. Ich bin aber jetzt ganz hoffnungsvoll, weil ich das Gefühl habe, Sie bringen etwas Gutes auf den Weg. Ich bleibe in dieser positiven Stimmung, wenn Sie dies jetzt auch noch mit Programmen untermauern und es nicht nur ein Papiertiger bleibt. Für den Entschließungsantrag - ich glaube, das ist deutlich geworden - kann ich nur werben. Ich hoffe, dass sowohl die Regierungsfractionen als auch die Oppositionsfractionen ihm zustimmen.

Ich rate Ihnen an dieser Stelle, noch mit aufzunehmen, dass sämtliche Ministerien, die das betrifft - das sind ja einige; das ist nicht nur das Ministerium, zu dem der Ausschuss gehört -, Ihnen Rechenschaft darüber ablegen müssen, was aus diesen Punkten geworden ist und wie das umgesetzt werden muss.

Als letzter Satz: Bitte sorgen Sie dafür, dass sich die Quintessenz dieses dann hoffentlich verabschiedeten Entschließungsantrags im Haushaltsplan 2022 niederschlägt!

Vielen herzlichen Dank fürs Zuhören, für Ihre Einladung und für Ihren Einsatz für die Interessen von Kindern und Jugendlichen.

Vors. Abg. **Holger Ansmann** (SPD): Wir danken Ihnen, Frau Dr. Voigts, für Ihre Ausführungen und insbesondere auch dafür, dass Sie Ihre Wünsche mit Lob für den Antrag garniert haben. Das erleben wir nicht immer.

Im Übrigen ist die Landesregierung, an die die Anträge des Parlaments gerichtet sind, generell zu einer Unterrichtung über die Umsetzung verpflichtet. Aber das wissen Sie sicherlich.

Abg. **Burkhard Jasper** (CDU): Frau Prof. Voigts, Ihr Vortrag ist sehr motivierend gewesen. Vielen Dank dafür. Ich habe mich sehr darüber gefreut, dass Sie in Ihrer schriftlichen Stellungnahme auch auf die Kultur eingegangen sind. Denn hin und

wieder habe ich den Eindruck, dass die kulturelle Bildung bei den ganzen Diskussionen viel zu kurz kommt. Das ist ja auch eine Möglichkeit für Kinder und Jugendliche, sich außerhalb der Familie zu bewegen. Stimmen Sie dem zu? - Denn oft wird der Sport in den Vordergrund gerückt. Aber viele Kinder sind eben anders. Zur Vielfalt gehört auch, dass man das nicht vergisst.

Prof. Dr. Gunda Voigts: Dem stimme ich natürlich zu. Ich würde gerne noch einen Satz ergänzen: Wenn wir von Kinder- und Jugendarbeit reden, ist auch das gemeint. Kinder- und Jugendarbeit meint ja alles. Ich glaube, der Fehler, der oft in den Köpfen ist, ist, dass mit Kinder- und Jugendarbeit immer nur die offene oder vielleicht die verbandliche Arbeit gemeint wird. Die kulturelle Jugendbildung ist ein wichtiger Teil der Kinder- und Jugendarbeit.

Niedersächsisches Kultusministerium

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 7

RD Reinert (MK): Herzlichen Dank, dass ich heute hier sein kann. - Wir haben personell kurzfristig getauscht, weil ich als Leiter der Steuergruppe für das Aktionsprogramm explizit etwas dazu sagen kann.

Noch kurz eine Replik zu meiner Vorrednerin Frau Voigts. Sie hat gesagt, es stünde dringend eine Entschlackung der Lehrpläne an. Niedersachsen ist eines der ganz wenigen Bundesländer, das als Konsequenz aus der Corona-Zeit Lehrpläne entschlackt hat. Wir haben in vielen anderen Bundesländern um Unterstützung gebeten, das dann aber erst im Alleingang gemacht.

Nun zu unserem Aktionsprogramm „Startklar in die Zukunft“. Wir haben, genau wie Sie, die komplexe Lage im Blick und versuchen, den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen ganzheitlich gerecht zu werden. Ich denke, das ist auch im Sinne des vorliegenden Entschließungsantrags.

Das Kultusministerium hat seit Anfang der Pandemie das Ziel verfolgt, die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen am schulischen Geschehen und den größtmöglichen Infektionsschutz immer wieder bestmöglich miteinander in Einklang zu bringen. Das Recht auf Bildung ist ein hohes Gut und lässt sich am besten - so haben wir es immer wieder erfahren - im Präsenzunterricht mit allen Schülerinnen und Schülern vor Ort realisieren. Deshalb sind die Monate der Schulschließungen

und des Distanzlernens für viele Schülerinnen und Schüler eine schwere Zeit gewesen.

Wir nehmen die Berichte sehr ernst, wonach Schülerinnen und Schüler Ängste und depressive Symptome entwickelt, sie auch unter zu wenig Bewegung gelitten oder vielleicht zu viel Medienkonsum erfahren haben. Das haben meine Vorrednerinnen und Vorredner schon sehr ausführlich dargestellt.

Der niedersächsische Weg setzt auf so viel Präsenzunterricht wie möglich und vertretbar. Deshalb waren beispielsweise die Grundschulen, anders als in den anderen Ländern, seit Jahresanfang immer im Wechselunterricht geöffnet.

In verschiedenen Phasen der Pandemie ging es aber auch darum, gesellschaftliche Mobilität einzuschränken und die Ausbreitung der Infektion möglichst einzudämmen. Die Kinder und Jugendlichen haben hierzu einen großen Beitrag geleistet und mussten auf vieles verzichten.

Das Aktionsprogramm „Startklar in die Zukunft“ legt einen klaren Blick darauf: Wir möchten die Auswirkungen der Corona-Pandemie im ganzheitlichen Sinne bewältigen und die Jugendlichen dabei unterstützen. Mit dem Aktionsprogramm unterstützt das MK gemeinsam mit dem MS Kinder und Jugendliche. In und außerhalb der Schule werden sie in den nächsten beiden Schuljahren zusätzliche Angebote u. a. zur Lernförderung, zur psychosozialen Stabilisierung, zur Freizeitgestaltung, zur Gesundheitsförderung und zur gesellschaftlichen Beteiligung erhalten.

Frau Voigts hat auf den Titel des Programms aus Berlin „Aufholen nach Corona“ hingewiesen. Auch uns gefiel er nicht so gut, weil er den Blick ausschließlich auf die Defizite legt. Wenn wir die Kinder und Jugendlichen jetzt zum neuen Schuljahr mit dem Motto „Jetzt wollen wir einmal richtig aufholen und gucken, was ihr alles nicht könnt“ empfangen hätten, wäre das natürlich kein motivierender Einstieg gewesen. Deshalb haben wir die Schulen gebeten, mit einer Einführungsphase zu starten und Kindern und Jugendlichen erst einmal die Chance zu geben, über das Erlebte bzw. das zu Bewältigende zu berichten und dies gemeinsam zu reflektieren. Ich glaube, eine ganze Menge Schulen nehmen das gut in Anspruch.

Für das Aktionsprogramm stehen in Niedersachsen insgesamt 222 Millionen Euro zur Verfügung. Das Land Niedersachsen hat die 122 Millionen

Euro, die wir vom Bund zur Verfügung gestellt bekommen haben, um 100 Millionen Euro aufgestockt. Von den insgesamt 222 Millionen Euro fließen rund 189 Millionen Euro in den Schulbereich im Zuständigkeitsbereichs des MK.

Die Verteilung der Mittel des Aktionsprogramms stellt sich im MK wie folgt dar:

Für den Bereich „Lernen und Leben in Schule“ stehen 71,5 Millionen Euro für das Sonderbudget für Schulen zur Verfügung. Man kann in den nächsten beiden Jahren mit ungefähr 65 Euro pro Schülerin und Schüler rechnen. Die Schulen können selbst entscheiden, welche Projekte und Maßnahmen sie für richtig halten, um die Auswirkungen der Corona-Pandemie zu bewältigen. Das kann natürlich der Ausgleich von Lerndefiziten sein. Das kann aber auch etwas in einem anderen Sinne sein, dass man vielleicht die Schulgemeinschaft oder das psychische Befinden der Schülerinnen und Schüler wieder stärken will und Jugendliche wieder in Bewegung bringt etc. Da lassen wir den Schulen einen relativ breiten Rahmen. Wir hoffen, dass das von den Schulen gut genutzt wird.

Das Geld steht den Schulen seit der letzten Woche zur Verfügung. Sie sind darüber informiert worden, auch wie viel sie jeweils bekommen. Auch über das Verfahren der Abrechnung - ich denke, das haben wir sehr unbürokratisch gehalten - sind sie informiert worden.

Darüber hinaus stehen 48,3 Millionen Euro für zusätzliches Personal zur Verfügung. Einen Großteil des Geldes haben wir schon für zusätzliche pädagogische Mitarbeiter ausgegeben. Wir sind noch dabei, nach zusätzlichen sozialpädagogischen Fachkräften zu suchen. Die Stellen sind ausgeschrieben. Wir hoffen, auch diese Stellen zeitnah zu besetzen.

8,2 Millionen Euro sind in das Programm zur Weiterführung der Lernräume geflossen. Das sind außerschulische Ferienangebote.

Weitere 8,2 Millionen Euro stehen für Maßnahmen im Bereich Sport, Ernährung und Gesundheit und 7 Millionen Euro für die klassische Lernförderung, für Basiskompetenzen wie Lesen, Schreiben, Rechnen etc. zur Verfügung. 5 Millionen Euro gibt es für Angebote der Schulpsychologie und der Beratung in diesem Sinne, um die Schulen auch dort zu unterstützen.

Weitere ca. 5 Millionen Euro geben wir zur Unterstützung des sozial-emotionalen Lernens sowie zur Förderung der sozialen Kompetenzen. In der Pandemie ist vieles zu kurz gekommen. Wir denken ja immer an alle Kinder und Jugendlichen. Auch das haben die Vorrednerinnen und Vorredner gut dargestellt. Es geht nicht nur um diejenigen Kinder, die vielleicht aus sozial schwierigeren Kontexten kommen, sondern es geht um alle Kinder und Jugendlichen, die man an einem Gymnasium vielleicht gar nicht in einer schwierigen Lage vermutet. Aber auch diese Kinder und Jugendlichen waren zum Teil alleine zu Hause. Auch sie konnten nicht das machen, was sie wollten. Daher gibt es auch hier einen großen Unterstützungsbedarf.

2 Millionen Euro gibt es für die berufliche Orientierung, um vieles von dem, was da nicht gelaufen ist, aufzuholen oder Kindern und Jugendlichen zusätzliche Angebote zu machen.

Eine halbe Million Euro stehen für Musik und Kultur und 100 000 Euro zur Unterstützung von Niederdeutsch- und Saterfriesisch-Angeboten zur Verfügung. Auch diese sehr speziellen niedersächsischen Angebote sind natürlich in den letzten anderthalb Jahren ausgefallen.

Wir möchten, wie ich bereits gesagt habe, die durch das besondere Corona-Schuljahr entstandenen Nachteile ganzheitlich ausgleichen, nicht einseitig auf kognitive Aspekte bezogen. Schulische Maßnahmen, gemeinsame Angebote von schulischer Sozialarbeit und Jugendhilfe sowie Angebote für Ferien und Freizeit sollen sich gegenseitig ergänzen. Eine enge Zusammenarbeit und Abstimmung mit Jugendhilfe, Schulträgern und Kommunen vor Ort soll eine Basis sein, um schulische und außerschulische Angebote zu machen. Wir haben dabei die Einschätzung von Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften und Eltern aufgenommen und möchten auf dieser Grundlage Schule als sozialen Ort stärken.

Dem Wunsch nach Gestaltungsspielräumen, Freiheiten und zusätzlichen Ressourcen kommt das Aktionsprogramm nach. Wir haben direkt oder über Schulen mit Kindern und Jugendlichen Kontakt aufgenommen und in einigen Schulen Umfragen durchführen lassen: Was möchtet ihr gerne? - Dabei ging es - dies muss man zugeben - natürlich auch sehr viel um Normalität. Auch die Angst vor Lernrückständen wurde genannt. Dass man Dinge wieder gemeinsam erleben und

wieder gemeinsam mit der Schule gestalten kann, war ebenfalls sehr wichtig.

Wir haben schon die ersten Anträge bzw. Bekanntmachungen von Schulen bekommen. Sie machen jetzt mit Mitteln des Aktionsprogramms z. B. erst einmal einen Ausflug mit der ganzen Schule, um die Schulgemeinschaft zu stärken. Gleichzeitig hat das natürlich auch immer irgendeinen pädagogischen oder vielleicht auch unterrichtlichen Kontext. Ich glaube, dass das gute Ideen sind.

Bei der Umsetzung der Inhalte arbeitet das MK landesweit mit dem LandesSportBund, der DLRG, den Kirchen, der Akademie für Leseförderung und dem Deutschen Lehrzentrum für Lehrerbildung Mathematik zusammen.

Darüber hinaus erhalten alle Schulen die Möglichkeit, mit dem Sonderbudget weitere Projekte mit den Kommunen, Einrichtungen der Wohlfahrtspflege, Sportvereinen, kulturellen Einrichtungen und Kirchen sowie außerschulischen Lernorten zu planen, zu finanzieren und durchzuführen. Hierfür ist sicherlich noch ein bisschen Aufklärungsarbeit von unserer Seite notwendig. Es gibt einige gute Beispiele. Wir haben aber auch gemerkt, dass Schulen hier noch viele Fragen haben und sich ihrer Freiheiten, die wir ihnen bieten, gar nicht bewusst sind.

Bei der Verwaltung des Sonderbudgets steht den Schulen jeweils das Regionale Landesamt für Schule und Bildung hilfreich zur Seite.

Die konkreten Projekte sollen auf die Schülerschaft jeder einzelnen Schule ausgerichtet sein. Den Schulen wird damit ermöglicht, Projekte anzubieten, die direkt auf den gesamten Lebensraum der Kinder und Jugendlichen bezogen sind.

Auf das zusätzliche Personal bin ich gerade schon eingegangen. Wir haben bereits ca. 1 500 pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Minijobber zusätzlich an Schule einstellen können oder konnten deren Verträge verlängern. Auch in den Berufsbildenden Schulen soll es befristete Stellen für pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geben. Dafür stehen Mittel in Höhe von 6 Millionen Euro zur Verfügung. Sie sollen sich ganz besonders um Schülerinnen und Schüler im Übergang vom berufsbildenden System in die berufliche Ausbildung oder auch von der allgemeinbildenden Schule in die Berufsschule kümmern. An diesen Schnittstellen sind uns ja

auch sonst schon viele Kinder verloren gegangen. Das wird hoffentlich nicht mehr passieren.

Zusätzliche Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen an den Schulen sollen das schulische Leben und vor allem die Jugendlichen dort bei der Aufarbeitung der Erlebnisse unterstützen. Die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sollen aber auch aktiv in Familien gehen und den Kontakt zur Schule wiederherstellen.

Wir haben gerade im berufsbildenden Bereich, in der Berufseinstiegsschule immer wieder gehört, dass der Kontakt zu Kindern und Jugendlichen, die keinen Hauptschulabschluss haben und in speziellen Lerngruppen sind, um ihn nachzuholen, im Laufe des langen Lockdowns zum Teil ein halbes Jahr lang völlig verloren gegangen ist. Er muss natürlich wiederaufgebaut werden.

Auch die Angebote der Schulpsychologie werden deutlich ausgeweitet. Für Schulpsychologinnen und Schulpsychologen stehen 36 zusätzliche befristete Stellen zur Verfügung. Für weitere 3 Millionen Euro möchten wir Beratung und Unterstützung anbieten, auch für die Möglichkeit, sich Fortbildungen geeigneter Anbieter einzukaufen.

Darüber hinaus haben wir in dem Aktionsprogramm auch die Digitalisierung in den Blick genommen. Wir haben 52 Millionen Euro für schulgebundene Leihgeräte für Schülerinnen und Schüler zur Verfügung gestellt, wenn die Kinder und Jugendlichen keine Geräte hatten. Das Geld wurde vollständig abgerufen.

Wir unterstützen Schulen auch dabei, geeignete Lernsoftware zu verwenden. Das heißt, wir benutzen unsere Landeslizenzen, die wir dann über die Niedersächsische Bildungscloud zur Verfügung stellen.

So weit erst einmal von meiner Seite.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE): Ich habe eine Frage zur zeitlichen Dimension. Vieles davon war ja auch schon vor den Ferien angekündigt worden. Inwiefern sind denn jetzt Dinge tatsächlich auf dem Weg? Ist das Geld durch die Schulen für ihre Projekte abrufbar? Ist das Personal da, das zusätzlich kommen soll? Wie ist der Stand der Dinge? Wie ist der zeitliche Horizont? Ist das alles für dieses oder auch für das nächste Schuljahr, und was ist mit 2023?

RD **Reinert** (MK): Das Programm läuft erst einmal die nächsten beiden Schuljahre, also in den Schuljahren 2021/2022 und 2022/2023.

Das Sonderbudget steht den Schulen seit letzter Woche zur Verfügung. Wir hatten aber, wenn es Anfragen gab, bereits vorab gesagt, dass wir die entsprechenden Dinge finanzieren und sie dann im Herbst abrechnen. Beispielsweise das Gymnasium in Burgdorf hat eine Ferienschule gemacht. Darüber bekomme ich jetzt einen Bericht für das Schulverwaltungsblatt. Auch eine kleine Grundschule im Hildesheimer Raum mit 50 Schülerinnen und Schülern hat etwas gemacht, was ich sehr schön fand: Sie hatten acht Schülerinnen und Schüler, die nicht schwimmen können. Wir wissen ja, dass viele Kinder jetzt nicht schwimmen gelernt haben. Für diese acht Schülerinnen und Schüler ist ein Schwimmkurs in den Ferien angeboten worden. Das fand ich super. Wir haben ihn direkt finanziert.

Zum Personal: Die pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind schon in den Schulen angekommen. Es sind ungefähr 1 500. Dafür laufen die Mittel aber nur bis ungefähr Mitte nächsten Jahres. Da ist das Geld endlich, muss ich zugeben.

Um die Einstellung der sozialpädagogischen Fachkräfte kümmern wir uns gerade. Die Ausschreibung ist erfolgt. Die Besetzungsverfahren laufen gerade. Wir hoffen, dass sie im Herbst in den Dienst gehen können.

Bei der einen oder anderen Sache dauert es noch drei, vier Wochen, weil wir auch noch Förderrichtlinien erarbeiten müssen. Wir wollen den Schulen, wenn sie mit den Landesämtern oder mit uns in Kontakt treten, Möglichkeiten offerieren, wie und unter welchen Bedingungen sie schon jetzt anfangen können.

Die Mittel sind, wie gesagt, nur für die nächsten beiden Schuljahre. Die Mittel in Höhe von ungefähr 100 Millionen Euro, die das Land Niedersachsen zur Verfügung gestellt hat, müssen bis zum 31. Dezember 2022 verwendet werden. Da besteht keine Möglichkeit der weiteren Übertragung. Die Bundesmittel können bis zum 31. Juli 2023 verwendet werden, d. h. auch das Schulbudget.

Abg. **Lars Alt** (FDP): Herr Reinert, Sie müssen mir zugestehen: Als junger Oppositionspolitiker bin ich jetzt in einer ganz komfortablen Situation,

weil wir uns schon in der Kultusausschusssitzung vor der Sommerpause gesehen haben und ich jetzt evaluieren kann, was in den letzten acht Wochen geschafft worden ist.

Deshalb habe ich drei Fragen. Erstens zum Thema Lernbuddy-Programm: Sie haben angekündigt, dieses Portal zur Vermittlung zwischen Studierenden und Schulen zu errichten. Wann geht es online? Von wem wird das gemacht? Wann sind die ersten Studierenden über dieses Portal in den Schulen?

Das Zweite: Angesichts der bisherigen Erkenntnisse aus dieser Anhörung die Frage, weil ich dezidiert anderer Meinung bin, was die Verteilung der Geldmittel für das Sonderbudget angeht: Warum haben Sie sich bei der Verteilung für einen Sockelbetrag und Betrag pro Kopf entschieden, also alle Schulen gleichermaßen mit gleich verteilten Mitteln berücksichtigt?

(Abg. Volker Meyer [CDU]: Das gehört hier nicht dazu!)

- Das ist eine Frage, Herr Meyer!

Vors. Abg. **Holger Ansmann** (SPD): Herr Meyer hat insofern recht, als wir hier nicht im Kultusausschuss sind; wir sind im Sozialausschuss.

Abg. **Lars Alt** (FDP): Das ist *das* zentrale jugendpolitische Steuerungsmoment, Herr Vorsitzender.

Vors. Abg. **Holger Ansmann** (SPD): Wir sind ja hier immer sehr weitreichend. Es geht aber schon darum, sich auf den vorliegenden Antrag zu beziehen und heute im Rahmen der Anhörung nicht jeden Bereich im Detail zu durchleuchten.

Herr Reinert, versuchen Sie, das so gut Sie das können zu beantworten und auch zu komprimieren.

RD **Reinert** (MK): Ich muss zugeben, dass mit dem Matchingportal für Studierende an Schulen gleich der Finger in eine sehr offene Wunde gelegt worden ist. Wir haben große rechtliche Probleme, das überhaupt voranzubekommen. Wir sind noch in Abstimmungsfragen, wie das genau laufen soll. Damit sind wir noch nicht so weit vorangekommen, wie wir uns das gewünscht haben. Zurzeit ist es nur möglich - wie es auch sonst immer möglich war -, dass Studierende als pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Schulen kommen. Da laufen die Verhandlungen noch weiter.

Wir haben von den Universitäten jetzt auf einmal Bewegung wahrgenommen. Es ging auch um Angebote, ob Studierende in Schule tätig werden können und dafür Credit Points bekommen. Uns wurde immer gesagt, das sei nicht der Bereich von MS oder MK und das gehe nicht. Aber ich weiß jetzt, dass die Göttinger Universität das mit den umliegenden Schulen macht. Regional ist da auf jeden Fall etwas passiert.

Bezüglich der Verteilung der Mittel auf die Schülerinnen und Schüler haben wir uns natürlich Gedanken gemacht: Wollen wir sie gleich aufteilen, oder wollen wir besonders bedürftige Schülerinnen und Schüler vermehrt in den Blick nehmen? - Wir haben uns dann für die Variante entschieden, alle Schulen gleich in den Blick zu nehmen. Mit dem Sockelbetrag, mit dem wir auch die kleineren Schulen ausgestattet haben, haben wir die Perspektive auch darauf gerichtet, dass auch Schülerinnen und Schüler aus sozial sicheren Kontexten Defizite oder negative Erlebnisse haben, die sie verarbeiten müssen.

Bei denjenigen Schülerinnen und Schülern, um die es Ihnen auch geht, nämlich aus Kontexten, in denen die Situation in der Pandemie und im Lockdown vielleicht etwas schwieriger war, haben wir neben vielen anderen Dingen den Fokus speziell auf die Bereiche Sport, Ernährung, Lernförderung, Schulpsychologie etc. gelegt.

Es war in der Tat eine 50-50-Entscheidung, wie wir das machen. Wir haben uns anders entschieden als Sie.

Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

MDgt **Schröder** (MS): Ich möchte dort fortsetzen, wo Herr Reinert angefangen hat, nämlich beim Bundesprogramm und beim Landesprogramm.

Im Bundesprogramm übernehmen wir die Säule 3; das sind Kinder- und Jugendfreizeiten. Dies wird mit einem Finanzvolumen von insgesamt 6,6 Millionen Euro umgesetzt, verteilt auf zwei Jahre, wie auch Herr Reinert das dargestellt hat. Dabei geht es darum, Kinder- und Jugendfreizeiten wieder zu ermöglichen, damit Jugendgruppen usw. unterwegs sein können.

Aus dem Bundesprogramm nehmen wir 1 Million Euro, mit der wir Beteiligungsworkshops gemeinsam mit dem MK und dem Landesjugendring durchführen wollen. Wir möchten Kinder und Ju-

gendliche in allen Landkreisen Niedersachsens zusammenholen, um zu hören: Was betrifft die Kinder und Jugendlichen jetzt eigentlich? Was brauchen sie? Was wollen sie? - Wir möchten das mit diesen Workshops in Erfahrung bringen und hinterher auch umsetzen. Das ist eine ganz besondere Maßnahme.

Wir haben gerade schon festgestellt, dass Schülerinnen und Schüler in der Regel Kinder und Jugendliche sind. Daher haben wir uns jetzt auf die außerschulische Arbeit und außerschulische Projekte konzentriert. Wir möchten mit unserem Elf-Punkte-Programm keine Löcher stopfen, wie es vorhin dargestellt worden ist, sondern es geht darum, Neues zu schaffen und Kinder und Jugendliche zusammenzubringen. Ich möchte diese elf Bausteine ganz kurz vorstellen.

Baustein 1: Kinder- und Jugendfeste in Kommunen. - Damit wollen wir ermöglichen, dass in Kommunen Feste gefeiert werden können, dass Kinder und Jugendliche zusammenkommen können und dass es Begegnungen gibt. Die Kinder und Jugendlichen in den Kommunen sollen feiern und Spaß haben. Das Ganze findet, wie auch alle anderen Maßnahmen, nur dann statt, wenn Kinder und Jugendliche von der jeweiligen Kommune an der Planung und der Umsetzung beteiligt werden. Das ist ein großes Partizipationsprojekt. Keine Kommune bekommt Geld, wenn Kinder und Jugendliche an der Planung und der Ideenfindung nicht beteiligt werden.

Der zweite große Bereich ist die Schaffung von Jugendplätzen. Das ist gerade in der Anhörung schon einige Male gefordert worden. Dass es Kinderspielplätze gibt, weiß jeder. Jugendplätze hingegen gibt es sehr wenige. Wir wollen da einsteigen und den Kommunen Geld zur Verfügung stellen, wenn sie mit der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen Jugendplätze gestalten wollen, auf denen sich in diesem Fall Jugendliche treffen können, auf denen sie ohne Aufsicht spielen wollen usw. Das können bestehende Plätze sein, die aufgearbeitet werden. Das können aber auch neue Plätze sein. Da wollen wir den Kommunen alle Möglichkeiten geben.

Der dritte Baustein sind Sprachcamps, die wir einrichten wollen. Dabei geht es darum, Kindern und Jugendlichen die Chance zu geben, sprachliche Kompetenzen weiterzuentwickeln, die in den letzten Monaten vielleicht zu kurz gekommen sind. Dabei denken wir nicht nur an Kinder aus migran-

tischen Familien, sondern alle, die einen Bedarf haben, sollen daran teilnehmen können.

Dann haben wir einen großen Sportblock. Da ist zunächst der Baustein 4: Schwimmkurse in Bädern. Wir wollen alles das, was Wasser beinhaltet - Schwimmbäder, Hallenbäder, aber auch Bäder in Altenheimen, Krankenhäusern usw., im Grunde genommen alle Wasserflächen -, dafür nutzen, um Kindern und Jugendlichen das Schwimmen beizubringen bzw. näherzubringen. Wir haben dabei den LandesSportBund, die DLRG und den Landesschwimmverband im Boot, die diese Kurse anbieten wollen. Wir werden das Beckenpersonal, das die Schulungen durchführt, mit separaten Mitteln qualifizieren. Für diese Schwimmkurse stehen insgesamt fast 4 Millionen Euro zur Verfügung.

Ergänzend dazu wollen wir mobile Schwimmkurse anbieten. Wir werden im Land zusammen mit der DLRG und dem Landesschwimmverband mit sechs Lkws unterwegs sein und mit mobilen Wasserbecken in den Kommunen dafür sorgen, dass Kinder auch dann ins Wasser kommen, wenn es vor Ort vielleicht kein Schwimmbad gibt. Mittlerweile gibt es in vielen Orten keine Frei- und Hallenbäder mehr. Deswegen kommt das Wasser dann eben zum Kind, wenn es Schwierigkeiten hat, zum Wasser zu kommen.

Der fünfte Baustein sind Sport- und Bewegungscamps. Dabei geht es schlicht darum, aktiv zu sein, Kinder wieder in Vereine zu bringen sowie Begegnung und Bewegung zu ermöglichen. Die jeweiligen Angebote sollen von Vereinen konzipiert werden. Vereine können sich auch zusammenschließen und gemeinsam Kindern und Jugendlichen zeigen, welche Sportarten man in der Kommune betreiben kann. Für Sport- und Bewegungscamps stehen 5 Millionen Euro zur Verfügung.

Der sechste Baustein ist der große Block Kunst, Kultur und Kreativität, für den 4 Millionen Euro vorgesehen sind. Dies zeigt, dass wir auch die kulturelle Bildung als einen wichtigen Bestandteil des Ganzen ansehen. Dabei haben wir die Landesvereinigung kulturelle Jugendbildung als Kooperationspartner mit an Bord. Es geht darum, Kreativität zu fördern und kulturelle Jugendbildung usw. in allen Einrichtungen im ganzen Land zu machen, die dafür infrage kommen.

Der siebte Baustein ist wieder etwas Nachhaltiges, nämlich die Digitalisierung der Kinder- und

Jugendarbeit. Das haben wir in zwei Blöcke aufgeteilt, zum einen für Vereine und Verbände und zum anderen für kommunale Einrichtungen mit den Partnern kommunale Spitzenverbände und Landesjugendring. Dabei geht es darum, mit insgesamt 2,5 Millionen Euro die Infrastruktur für diejenigen Einrichtungen aufzuwerten, die mit Kindern und Jugendlichen zusammenarbeiten. Wir haben in der Pandemie gemerkt, dass man im digitalen Bereich noch etwas hinterherhinkt. Das ist ein Ansatz, um da ein bisschen aufzuholen und etwas zu tun.

Vermutlich ab Herbst werden wir einen Innovationswettbewerb starten, bei dem es darum geht, die offene Kinder- und Jugendarbeit neu zu denken und zu schauen: Wie muss offene Kinder- und Jugendarbeit nach der Pandemie gestaltet sein? Was muss sich da verändern? - Dafür setzen wir Mittel in Höhe von insgesamt 250 000 Euro ein. Wir wollen Landkreise und Städte mit eigenem Jugendamt sowie Jugendverbände motivieren, dort aktiv und kreativ zu werden und Vorschläge zu machen. Wir wollen mit diesen Mitteln einige Projekte auch umsetzen und Best-Practice-Beispiele sammeln.

Des Weiteren haben wir eine Unterstützung des Ehrenamts geplant. Wir wollen Lohnkostenzuschüsse bei Freistellungen gewähren. Wenn sich jemand ehrenamtlich engagiert und in seinem Job beispielsweise für eine Woche aussetzen muss, weil er eine Freizeit begleitet, wollen wir dem Arbeitgeber Mittel zur Verfügung stellen, damit das Gehalt weiter fließen kann.

Gleichzeitig wollen wir Werbung für das Ehrenamt machen, weil wir auch feststellen, dass das Ehrenamt in der Pandemie in einigen Bereichen ein bisschen zu kurz gekommen ist, weil man sich nicht engagieren konnte. Wir wollen das mit entsprechenden Maßnahmen gemeinsam mit dem Landesjugendring fördern und Werbung für das Ehrenamt im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit machen.

Darüber hinaus wollen wir die internationale Jugendarbeit und Jugendbegegnung unterstützen, auch mit dem Bundesprogramm; das wird miteinander gekoppelt. Dabei geht es darum, Begegnungen wieder zu ermöglichen, auch an anderen Orten, beispielsweise in Jugendherbergen usw.

Der letzte Punkt ist die Unterstützung von Familien. Das machen wir über die Stiftung Familie in Not. Das ist unsere eigene Landesstiftung. Wir

stellen 150 000 Euro zur Verfügung, um Familien zu unterstützen, die pandemiebedingt in Schwierigkeiten gekommen sind und Geld brauchen, um an bestimmten Maßnahmen teilnehmen zu können. Wer Sportschuhe braucht, um in einem Sport- und Bewegungscamp mitmachen zu können, bekommt sie über dieses Programm. Das wollen wir ganz niedrigschwellig machen.

Die Richtlinien sind bereits für alle Bausteine erstellt worden. Die Verbandsanhörung und die Ressortbeteiligung haben stattgefunden. Wir befinden uns gerade mit dem MF in den letzten Abstimmungen dazu. Ich denke, dass wir nächste bzw. übernächste Woche grundsätzlich damit starten können. Die Kooperationspartner sind alle im Boot. Sie beschaffen sich schon das neue Personal, das sie zum Teil dafür brauchen, und auch Gegenstände. Da ist alles gut im Fluss. Ich denke, wir werden in den nächsten zwei Wochen massiv damit durchstarten und informieren. Die Publikation, die wir dazu herausgeben, schicken wir Ihnen zu, damit Sie wissen, was das ist, und damit auch Sie dafür werben können.

Das zunächst einmal im Groben zu dem Programm.

Abg. **Gudrun Pieper** (CDU): Danke schön, Herr Schröder, dass Sie uns einen Überblick gegeben haben. - Ich möchte nur einen ganz kleinen Hinweis geben. Wir haben vom Stiftungsrat der Kreissparkasse bei uns in Walsrode bereits seit vier Jahren das Programm „Jedes Kind soll schwimmen lernen“. Wir haben aber festgestellt, dass im Rahmen der Pandemie nicht alle Schwimmbäder zur Verfügung stehen. Insofern ist es schwierig, den Zuschuss zu gewähren. Wir zahlen pro Kind, das einen Schwimmkurs macht, 50 Euro und würden das auch gerne weiter nach vorne treiben.

Meine Bitte diesbezüglich ist, die Kommunen im Rahmen Ihres Programms anzuschreiben und darauf hinzuweisen, dass sie die Schwimmbäder, wo dies im Rahmen der Maßnahmen möglich ist, so schnell wie möglich freigeben sollten. Dann können wir nämlich auf mehreren Ebenen agieren.

MDgt **Schröder** (MS): Wir haben das mit den kommunalen Spitzenverbänden schon besprochen. Sie wollen dafür werben. Die Herausforderung ist, dass immer weniger Kommunen eigene Bäder haben. Trotzdem können sie dafür werben. Auch Ihr Verein kann über die DLRG oder den

Landesschwimmverband Mittel beantragen, um solche Kurse dann durchführen zu können. Personal wird dafür qualifiziert.

Abg. **Gudrun Pieper** (CDU): Die Kreissparkasse zahlt das.

MDgt **Schröder** (MS): Dann kann sie ja den Kurs organisieren.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE): Vielen Dank für die vielen Informationen. Ich habe dazu noch drei Fragen.

Die erste Frage ist: Sie haben zum Schluss darauf hingewiesen, dass es für besonders bedürftige Familien einen Sachmittelzuschuss gibt. Wie wird denn ansonsten mit dieser Thematik umgegangen? Gibt es für Kinder, die in schwierigen sozialen Verhältnissen leben, zusätzliche Angebote?

Dann die gleiche Frage wie an den Kollegen vom MK an Sie: Wie ist die zeitliche Perspektive nach vorne? Endet das alles im Sommer 2022? Gibt es eine Fortsetzung?

Vielleicht können Sie auch noch etwas zum Gesamtbudget sagen. Ich habe die Zahl von 30 bzw. 33 Millionen Euro in Erinnerung. Wenn ich das pro Kind auf zwei Jahre herunterbreche, sind das ungefähr 12 Euro. Die Mittel sind ja sehr begrenzt.

Ansonsten vielen Dank und auch Respekt dafür, dass Sie in den Ferien schon eine ganze Menge auf den Weg gebracht haben!

MDgt **Schröder** (MS): Das Landesprogramm, das ich dargestellt habe, umfasst 25 Millionen Euro. Der Teil aus dem Bundesprogramm beträgt für die Kinder- und Jugendfreizeiten 6,6 Millionen Euro und für die Beteiligungsworkshops 1 Million Euro.

Wir müssen das Ganze bis Ende 2022 schaffen; das ist bei uns die Befristung.

Es gibt zum einen die Unterstützung von Familien über die Stiftung Familie in Not. Wir haben bei allen anderen Punkten gesagt, auch mit den Kooperationspartnern: Wir wollen insbesondere diejenigen Kinder und Jugendlichen erreichen, die aus Familien mit einem migrantischen Hintergrund stammen, die aus sozial prekären Lagen kommen und insofern eine Unterstützung brauchen und die vielleicht auch Behinderungen ha-

ben. Das sind die Zielgruppen, die in besonderem Maße erreicht werden sollen. Aber das Programm ist offen für alle. Die Veranstaltungen sollen in der Regel kostenlos oder nur mit einem sehr geringen Beitrag versehen sein. Es wird also keine teuren Angebote geben.

Abg. **Dr. Thela Wernstedt** (SPD): Vielen Dank für Ihre Ausführungen. Es zeigt sich ja doch, dass von den Forderungen, die im Rahmen dieser Anhörung von Wissenschaftlern und anderen im Verlauf des Vormittags erhoben worden sind und auf Erfahrungen beruhen, vieles jetzt umgesetzt wird. Ich sehe da insbesondere die Beteiligung von Jugendlichen und Kindern, die jetzt in einem Programm auch eingefordert wird. Insofern glaube ich, dass das alles auf einem ganz guten Weg ist. Dies kann auch dazu führen, dass einiges dauerhaft implementiert wird, auch in dem Sinne, dass Kinder und Jugendliche in anderer Weise beteiligt werden. Ich sehe sehr hoffnungsvoll, dass jetzt doch einiges in Gang kommt.

Abg. **Annette Schütze** (SPD): Ich habe eine Frage zum Antragsverfahren. Wenn ein Sportverein oder eine Feuerwehr eine Freizeit organisieren will, bei wem wird dann der Antrag gestellt? - Meine Bitte ist, das Antragsverfahren möglichst einfach zu gestalten, damit das Geld auch schnell ankommt.

MDgt **Schröder** (MS): Das ist immer auch unser Wunsch; denn wir haben dafür kein zusätzliches Personal, sondern wir machen das mit vorhandenem Personal. Daher muss dies möglichst einfach sein. Das ist ganz in unserem Sinne.

Viele Anträge werden über das Landesjugendamt abgewickelt. Die Vereine und Verbände kennen das schon. Die Sportprogramme beispielsweise werden über den LandesSportBund abgewickelt, der Mittel hat und sie an seine Untergruppierungen weiterverteilt. Dann kann man einen Antrag bei der DLRG, beim Landesschwimmverband und beim LandesSportBund stellen.

Alle kulturellen Maßnahmen laufen über die Landesvereinigung kulturelle Jugendbildung. Auch sie hat ein Netzwerk und strickt Angebote im kulturellen Bereich im ganzen Land.

Die Anträge im Zusammenhang mit der Digitalisierung der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Jugendverbandsarbeit werden über den Landesjugendring laufen. Auch dort gibt es ein bestehendes Netzwerk. Wir nutzen also bestehende

Netzwerke, die sich schon kennen, um das Ganze möglichst einfach zu gestalten.

Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 4

(Teilnahme per Videokonferenztechnik)

Imke Schmieta: Vielen Dank für die Einladung zu dieser Anhörung. Ich freue mich sehr, dass auch die Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen hier einen Beitrag leisten kann. Ich möchte gerne kurz ausführen, warum wir heute eingeladen worden sind.

Die Landesstelle Jugendschutz arbeitet seit 1978 zum Themenkreis Kinder- und Jugendschutz. Wir haben die Bereiche Gewaltprävention, Medienpädagogik, Suchtprävention und Sexualpädagogik. Darüber hinaus gibt es landesweite Projekte, u. a. „Gemeinsam gegen sexuellen Missbrauch“, aber auch Projekte, die sich direkt an Eltern, Kinder und Schüler wenden. Daher möchten wir heute gerne einbringen, welche Erfahrungen wir hierbei gesammelt haben. Im Hinblick auf meinen Nachredner bzw. meine Nachrednerin möchte ich sagen: Wir sind ein Fachreferat der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen.

Wir haben auch in der Stellungnahme dargelegt, dass wir diesen Antrag ausdrücklich begrüßen. Ich möchte Sie, genau wie meine Vorrednerinnen und Vorredner, ermutigen, das auch wirklich umzusetzen. Ich bin auch sehr begeistert von den beiden Vorträgen aus dem Kultusministerium und Sozialministerium, was dort alles umgesetzt wird. Ich möchte Sie jetzt anhand von vier Punkten ermutigen und auch bekräftigen, warum das aus der Sicht des erzieherischen Jugendschutzes so wichtig ist.

Sie haben in Ihrem Antrag sehr gut beschrieben, dass sich Kinder ohnmächtig gefühlt haben. Deshalb möchten wir den Blick auf das Recht der Kinder auf Teilhabe lenken. Wir müssen das zukünftig wahrnehmen und auch wirklich umsetzen, auch in Krisenzeiten. Ein Gefühl der Ohnmacht ist schon für Erwachsene sehr schwer zu ertragen, bei Kindern umso mehr. Deshalb finde ich es sehr gut, dass in dem Programm „Startklar in die Zukunft“ Kinder und Jugendliche gleich in die Planungen mit eingebunden werden.

Wenn es jetzt neue Strategien gibt - Sie haben von „neu denken“ gesprochen -, bin ich sehr dafür. Welche Strategien gibt es für eine gelingende Kinder- und Jugendarbeit? - Auch dort müssen Kinder und Jugendliche schon von Anfang an mit einbezogen werden. Sie sind die Expertinnen und Experten ihrer Lebensumwelt. Sie haben einen ganz anderen Fokus. Sie haben ganz andere Ideen und Bedürfnisse. Die müssen abgefragt und unbedingt in die Konzepte eingebracht werden, um die Auswirkungen der Pandemie aufzufangen; das sind Schutzkonzepte.

Ich glaube, es ist jetzt notwendig, diese Zeit zu nutzen. Das ist eine Zeit der Veränderungen und Disruption. Es werden weitere Veränderungen kurzfristiger Art auf uns zukommen, vielleicht nicht nur Katastrophen oder Pandemien; es können auch technische Veränderungen sein. Insofern ist es gut, wenn wir uns jetzt um Konzepte kümmern.

An dieser Stelle möchte ich sagen, dass eine gute Grundlage zur Weiterentwicklung der Partizipationschancen die dritte Stellungnahme der Kinder- und Jugendschutzkommission ist.

Sehr wichtig für den Kinder- und Jugendschutz ist, die Rechtsposition von Kindern zu stärken. Sie haben ja gesagt, dass Kinder schon jetzt Rechte haben. Wir haben uns der UN-Kinderrechtskonvention angeschlossen. Dabei ist ausführlich dargestellt worden, dass dies nicht genügend berücksichtigt wurde, und das vor allem in Krisenzeiten. Deshalb möchte ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich dafür plädieren, die Kinderrechte in das Grundgesetz aufzunehmen, um sie noch stärker zu verankern und wahrnehmen zu können.

Kinder haben eine besondere Schutzbedürftigkeit; dies wurde schon gesagt. Wir Erwachsene können uns sehr gut um unsere Anliegen kümmern. Aber Kinder sind noch nicht in der Lage, ihre Rechte durchzusetzen. Für Beteiligungsformen und -formate braucht es natürlich auch eine altersangemessene Unterstützung der Kinder und Jugendlichen. Ich finde es sehr gut, dass der Landesschülerrat heute eingeladen war. Dafür danke ich Ihnen. Ich möchte unterstreichen, dass das Programm „Startklar in die Zukunft“ ein sehr guter Ansatz für Beteiligung und Mitbestimmung ist.

Ich glaube, die ganzen Folgen und Auswirkungen der Corona-Pandemie werden uns noch auf Jah-

re hinaus begleiten. Daher wäre auch mein Wunsch, dass das Projekt über die bisherige Frist hinaus weiter gefördert wird.

In Bezug auf die Förderung von Chancengleichheit sprechen wir uns dafür aus - das ist hier ausführlich beschrieben worden -, dass Familien nicht abgehängt werden sollten. Sie hatten besondere Problemlagen. Ich glaube, wir müssen die Familien sehr stärken. Da wird eine besondere Aufgabe auch auf die pädagogischen Fachkräfte zukommen, in Schule, in Kita und bei der Berufsausbildung. Familien haben eine wichtige Funktion. Wir sollten ihre Ressourcen stärken. Wir haben gesehen, welche wichtige Funktion sie haben, als im letzten Jahr ihre Arbeit kurzfristig auf die Eltern übertragen wurde. Man muss deutlich sagen: Eltern sind keine Lehrer. Wir sollten daraus lernen, wie wir in Zukunft einen Regelbetrieb aufrechterhalten und wie wir weitere Maßnahmen zur Förderung umsetzen können. Dafür gibt es in diesem Antrag sehr gute Vorschläge.

Wichtig ist - dies ist schon oft genug gesagt worden; gerade aus der Sicht des Jugendschutzes ist das ein besonders wichtiger Punkt -, die digitale Ausstattung und Kommunikationsmöglichkeiten zu verbessern. Es war schade, dass der Kontakt zwischen Schülerinnen und Schülern und ihren Lehrern im letzten Jahr nicht aufrechterhalten werden konnte. Insofern muss in die digitale Ausstattung, aber auch in die fachliche und technische Schulung und Fortbildung investiert werden.

Ich glaube, man muss einen genaueren Blick auch auf Folgendes werfen: Wir brauchen mehr Medienpädagogik; denn mit der Zunahme von digitaler Kommunikation wird es auch immer wichtiger, die Medienpädagogik zu vermitteln. Es braucht auch einen reflektierten Umgang damit. Auch das ist eine besondere Herausforderung für die Pädagoginnen und Pädagogen sowie für die Schülerinnen und Schüler.

Zu Teilhabe und Chancengleichheit: Ich fand es sehr gut, dass Herr Dr. Buck dieses Thema beim Impfen angesprochen hat. Ich bin dafür, wenn es wieder eine Corona-Maßnahme oder Ähnliches gibt, dass es altersgerechte Informationen und eine differenzierte Ansprache auch für Kinder und Jugendliche gibt. Sie müssen die Maßnahmen verstehen können. Das darf nicht davon abhängig sein, ob ihre Eltern ihnen das schlechter oder besser erklären können. Ich glaube, Information ist der erste Schritt für Teilhabe und Verständnis.

Der wichtigste Punkt - das ist uns ein besonderes Anliegen - ist die Wertschätzung der pädagogischen Fachkräfte. Ich gebe zu, sie sind unsere Zielgruppe. Wir sehen, welche enormen Anstrengungen auf sie zukommen. Sie haben eine Schlüsselrolle in der nächsten Aufgabe mit den nächsten Anstrengungen. Es kommt viel auf sie zu. In dem Antrag werden viele Maßnahmen genannt, die hilfreich wären, wie z. B. verkleinerte Klassengrößen, Nachhilfeunterricht und Gesprächsangebote. Das heißt, auch dadurch kommt wieder vieles auf sie zu.

Wir plädieren dafür, dass sie neben den Ressourcen auch verlässliche Arbeitsbedingungen und verlässliche Strukturen haben; denn der Aufbau von Vertrauen braucht Zeit und Sicherheit. Sie haben, wie gesagt, eine Schlüsselrolle dabei. Wenn es darum geht, die Pandemiefolgen abzufedern, sind sie die Ersten, die Auffälligkeiten feststellen. Sie sind Seismografen für Krisen- und Notsituationen. Sie sind ein Bindeglied. Als Bezugsperson für Kinder und Jugendliche sind sie äußerst relevant und aus unserer Sicht systemrelevant. Wir wertschätzen diese enormen Anstrengungen und müssen ihnen auch wirklich eine Unterstützung zukommen lassen.

Mein Fazit: Wir möchten uns dafür einsetzen, verstärkt die Rechte von jungen Menschen in Krisenzeiten zu wahren. Es kommt zu einer enormen Herausforderung. Ich begrüße die ersten Schritte, die hier genannt wurden. Ich möchte noch einmal betonen, dass die digitale Ausstattung ein wichtiger Schritt ist. Auch da ist nach Corona noch einiges aufzuholen. Ich glaube, das ist im Moment sehr dringlich.

Die Nachteile müssen für belastete Kinder und Jugendliche, aber auch für ihre Familien ausgeglichen werden. Dafür braucht es neue Konzepte und Strategien. Dafür braucht es aber auch - dies ist vorhin schon angeklungen - psychosoziale und therapeutische Beratungsangebote; denn ich glaube, die Auswirkungen und Folgen werden uns, wie gesagt, noch lange Jahre begleiten.

Sie sehen hier viele Einrichtungen, Fachträger und Experten, die Ihnen Mut zusprechen und sagen: Wir sind auf dem richtigen Weg. - Dafür haben Sie auch unsere Unterstützung. Ich möchte Sie auffordern, diese Maßnahmen umzusetzen; das ist gut. Das sollte wirklich ein großer Wurf werden. Das muss eine Gemeinschaftsaufgabe sein. Ich denke, nach dem, was wir den Kindern und Jugendlichen im letzten Jahr zugemutet ha-

ben, ist es jetzt an uns, den Erwachsenen, etwas zu tun und ihnen eine Perspektive zu geben.

LAG FW, Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 3

(Teilnahme per Videokonferenztechnik)

Dominik Baier: Zunächst einmal vielen Dank dafür, dass ich auch noch mündlich zu dem Entschließungsantrag der SPD und der CDU Stellung nehmen kann. - Mein Name ist Dominik Baier. Ich bin beim Paritätischen Wohlfahrtsverband Abteilungsleiter für die Bereiche Kinder, Jugend, Familie und Inklusion und darf heute für die LAG FW mündlich ausführen. Frau Tetzl muss ich leider aufgrund eines Notfalls in der Einrichtung entschuldigen. Daher müssen und dürfen Sie an dieser Stelle mit mir vorliebnehmen.

Mit Blick auf meine Vorrednerinnen und Vorredner, die schon viele Punkte angesprochen haben, werde ich mich auf insgesamt vier Punkte konzentrieren. Ich mache jeweils einen kleinen Problemaufriss bzw. stelle ein Stück weit die Ausgangslage dar. Im Anschluss daran werde ich, basierend auf der schriftlichen Stellungnahme, die wir eingereicht haben, einige Anregungen oder auch Denkanstöße geben, die sich zum Teil schon in dem Entschließungsantrag finden und die zum Teil darüber hinausgehen.

Zu Beginn möchte ich das Thema Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ansprechen. Dieses Thema ist schon mehrmals angesprochen worden. Dazu möchte ich zwei Zahlen zitieren. Frau Dr. Thomas von der Universität Hildesheim war heute schon zu Gast. Sie hat mehrere Studien durchgeführt, u. a. die vielbeachteten JuCo-Studien zu den Themen: Wie geht es den Kindern und Jugendlichen in der Pandemie? Wie nehmen sie die Beteiligung etc. wahr?

Ich möchte zwei Zahlen daraus an den Beginn stellen. In der zweiten JuCo-Studie geben 60 % der befragten Kinder und Jugendlichen an, dass sie den Eindruck haben, ihre Situation sei der Politik, den Politikerinnen und Politikern nicht wichtig. Knapp zwei Drittel haben das Gefühl, dass ihre Sorgen nicht ernst genommen würden. Ich möchte das Ganze als Aussage erst einmal so stehen lassen, wie die Beteiligung von jungen Menschen während der Corona-Pandemie zumindest von ihnen wahrgenommen wird.

Wir haben gleichzeitig die Situation - auch das haben wir heute schon mehrmals gehört und diskutiert -, dass junge Menschen während der Pandemie besonders von Schließungen, aber auch von Kontaktbeschränkungen betroffen waren. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass es an dieser Stelle nicht nur um die Schließung oder Teilschließung von Kitas und Schulen und um Homeoffice ging, sondern dass wir vor ziemlich genau anderthalb Jahren auch eine Zeit hatten, in der Spielplätze mit Absperrbändern abgesperrt waren und Jugendtreffs sowie andere wichtige Orte für Kinder und Jugendliche - Sportvereine wurden heute schon angesprochen - geschlossen waren. Das war eine Situation, in der Kinder und Jugendliche, junge Menschen von den Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie extrem betroffen waren. Es gab die Wahrnehmung, dass sie nicht gehört werden und auch nicht die Möglichkeit haben, sich entsprechend einzubringen.

Wie kann es gelingen, Kindern und Jugendlichen im weiteren Verlauf der Pandemie - wir sind ja noch immer nicht am Ende - besser eine Stimme zu geben? - Wir haben in unserer schriftlichen Stellungnahme zwei konkrete Vorschläge formuliert, auf die ich verweisen möchte.

Das eine ist die Idee der Einrichtung eines Niedersächsischen Pandemierats. Über diese Idee wurde, glaube ich, auch bereits im Niedersächsischen Landtag beraten und diskutiert. Ein solcher Rat hätte auch die Möglichkeit, beispielsweise den Landesschülerrat oder auch Selbstorganisationen aus dem Bereich der Kinder- und Jugendhilfe mit einzubeziehen. Dadurch würden eine bessere Beteiligung und Berücksichtigung der Stimmen von jungen Menschen sichergestellt.

Der zweite Punkt, auf den ich an dieser Stelle noch eingehen möchte, ist die Idee einer sogenannten Servicestelle für Kinder- und Jugendbeteiligung. Diese Idee findet sich u. a. in der Stellungnahme des Landesjugendhilfeausschusses zum Gesamtkonzept für die Kinder- und Jugendhilfe wieder. Das ist ein Thema, zu dem wir auch im Ausschuss in dieser Legislaturperiode noch in die Diskussion kommen werden. Die Idee ist, eine solche Servicestelle für Partizipation zu schaffen, um die - das weiß ich aus eigener Erfahrung - nicht immer ganz einfache Aufgabe der altersgemäßen, altersgerechten Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sicherzustellen. Über eine solche Servicestelle könnte beispielsweise Kommunen, Gemeinden, aber auch Vereinen die Möglichkeit gegeben werden, sich bei entsprechen-

den Vorhaben beraten, unterstützen und begleiten zu lassen, auch wenn es beispielsweise darum geht, gewisse Spielräume der Landesverordnung auf die kommunalen Bedarfe und Verhältnisse vor Ort herunterzubrechen.

Der zweite Punkt, auf den ich gerne eingehen möchte, betrifft die Themen Unterstützung und zusätzliche Angebote. Dazu wurden gerade Ausführungen vom Niedersächsischen Kultusministerium und vom Sozialministerium gemacht. Wir haben da ein Stück zwei Schienen, nämlich das Bundesprogramm mit dem aus meiner Sicht ein bisschen unglücklichen Namen „Aufholen nach Corona“, ergänzt durch das Programm „Startklar in die Zukunft“ in Niedersachsen.

An dieser Stelle danken wir von unserer Seite noch einmal ausdrücklich dafür, dass das Land Niedersachsen zusätzliche Mittel aus dem Corona-Sondervermögen in die Hand nimmt und verschiedene Elemente und Bausteine dieses Programms, das sehr umfangreich ist, auf die Beine stellt. Wir begrüßen das ausdrücklich und halten das für einen sehr wichtigen Beitrag, um die negativen Konsequenzen, über die heute auch schon intensiv berichtet worden ist, zwar nicht zu beheben, aber um verschiedene Möglichkeiten der Beteiligung, des sozialen Zusammenwirkens, des Zusammenkommens und neue zusätzliche Angebote zu schaffen.

An dieser Stelle wäre uns wichtig - die Programme sind ja momentan auf anderthalb bis zwei Jahre angelegt -, schon zum jetzigen Zeitpunkt in den Blick zu nehmen, wie man es schafft, insbesondere für die Angebote im offenen Bereich der Kinder- und Jugendarbeit, die ja nicht über individuelle Rechtsansprüche abgesichert sind und die oftmals auch relativ schnell dem Rotstift zum Opfer fallen, in einer Verantwortungspartnerschaft von Land und Kommunen eine verlässliche und dauerhafte Perspektive zu schaffen.

Ein weiterer Punkt, auf den ich noch gerne eingehen möchte, ist ein Aspekt, der in dem Programm „Startklar in die Zukunft“ leider keine Rolle spielt. Das ist das Thema und die Schnittstelle „Übergang von Schule in Beruf bzw. von Schule in Ausbildung“. Wir haben an dieser Stelle in Niedersachsen die Jugendwerkstätten und u. a. das Programm PACE. Beides wird jetzt erfreulicherweise fortgeführt, allerdings mit gewissen Einschränkungen und Kürzungen.

Da wir nach den letzten anderthalb Jahren der Pandemie stark davon ausgehen, dass gerade diese Schnittstelle, die für junge Menschen in ihrer eigenen Biografie ganz zentral ist und die leider oftmals nicht so gelingt, wie sie gelingen sollte, hätten wir uns gewünscht, dass man an diese Schnittstelle noch ein bisschen stärker herangeht und dass man mit Rückblick auf die letzten anderthalb Jahre eher noch zusätzliche und erweiterte Angebote schafft, angedockt an die vorhandenen Strukturen der Jugendwerkstätten und das Programm PACE. Auch sollte man darüber nachdenken, vielleicht einen noch niedrighschwelligeren Angebotspart im Sinne einer aufsuchenden Sozialarbeit einzuführen, angedockt an die Jugendsozialarbeit. - Das war der zweite Punkt.

Den dritten Punkt haben wir überschrieben mit: Unterstützungsstrukturen von Kindern und Jugendlichen mit schwierigen Startchancen. - Diese sollten in den Blick genommen werden und dürfen nicht vergessen werden. Unter „schwierigen Startchancen“ verstehen wir - um nur zwei, drei Beispiele zu nennen - Kinder und Jugendliche mit Behinderungen, Kinder und Jugendliche, die beispielsweise in Wohngruppen oder in Heimen aufwachsen, also in der Verantwortung der Kinder- und Jugendhilfe stehen, und auch Kinder und Jugendliche aus armen Haushalten.

Ich weiß nicht, ob auch Sie das wahrgenommen haben: Gestern wurde in verschiedenen überregionalen Zeitungen eine Studie zitiert, die in den nächsten Tagen erscheint, durchgeführt vom Institut für Generationenforschung. Dafür sind in den letzten Wochen und Monaten insgesamt 22 000 Kinder und Jugendliche befragt worden. Die Gespräche wurden dann intensiv ausgewertet. Das Fazit dieser Studie fasst der Studienleiter so zusammen: In Deutschland gab es noch nie so viele unglückliche Kinder und Jugendliche. - Das Ganze wurde anhand eines Kriterienkatalogs und mit einzelnen Interviews durchgeführt. Ich glaube, ein Grund dafür ist, dass aus unserer Perspektive in den letzten anderthalb Jahren bei den verschiedenen Einschränkungen, die es gab, beispielsweise Homeoffice, Schulschließungen etc., besagte Kinder und Jugendliche mit schwierigen Startchancen nicht unbedingt so im Blick waren, wie sie im Blick hätten sein sollen. Für Familien, Kinder und Jugendliche, die schon vor der Pandemie stark belastet waren, beispielsweise in finanzieller Hinsicht, in Form einer Behinderung oder auch aufgrund beengter Wohnverhältnisse, ist es schlichtweg unmöglich, die zusätzlichen Anforderungen, die bei den einzelnen Familien, Kin-

dern, Jugendlichen und Sorgeberechtigten gelandet sind, entsprechend zu erfüllen.

Ich würde mir wünschen, dass diese negativen Erfahrungen aus den letzten anderthalb Jahren, die heute vielfach thematisiert worden sind, bei allen weiteren Maßnahmen, die gegebenenfalls noch anstehen, dazu führen, dass man sie tatsächlich von den Menschen und Familien her denkt, die die schwierigste Ausgangslage haben und denen es dementsprechend auch am schwersten fällt zu partizipieren, beispielsweise am Unterricht teilzunehmen usw.

Der letzte Punkt - er knüpft ein Stück weit an meine Vorrednerin an - ist der Blick auf die Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe und auf die nach meiner Wahrnehmung gegenüber uns auch vielfach beklagte fehlende Wertschätzung für die Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe. Ich möchte das an zwei Beispielen festmachen.

Während der ganzen Zeit der Pandemie fehlte und fehlt bis heute die klare Aussage, dass die Kinder- und Jugendhilfe als solche systemrelevant ist. Diese Aussage ist nicht nur wichtig als Botschaft an die Fachkräfte, die in den letzten anderthalb Jahren größtenteils ununterbrochen, auch bei hohen Infektionszahlen, in den Einrichtungen tätig waren. Krippen und Kitas waren während der ganzen Zeit immer über eine Notbetreuung geöffnet. Beispielsweise auch die Wohngruppen, in denen Kinder und Jugendliche betreut werden, waren die ganze Zeit geöffnet.

Die fehlende Feststellung, dass die Kinder- und Jugendhilfe systemrelevant ist, führte in der Folge dazu, dass in den letzten anderthalb Jahren darüber diskutiert und gestritten werden musste, dass Erzieherinnen und Erzieher, die selbst als Fachkräfte in der Kita bzw. in der Krippe tätig waren, wiederum keinen eigenen Anspruch auf Notbetreuung für ihre eigenen Kinder hatten.

Eine ähnliche Diskussion hatten wir beim Thema Impfreihenfolge, nämlich dass für die Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe erst nach sehr langen Diskussionen eine entsprechend hohe Priorisierung erfolgen konnte. Gleiches gilt für den Zugang zu Schnelltests in diesem Arbeitsfeld.

Insofern würde ich mir wünschen, dass die Kinder- und Jugendhilfe mit ihren Angeboten und ihren Strukturen eine Wertschätzung erfährt, u. a. über die klare Definition, dass sie systemrelevant ist, und dann der Zugang zu verschiedenen Krite-

rien und Möglichkeiten erfolgt, die sich daran anschließen.

Damit einhergehend brauchen wir auch verlässliche und gute Arbeitsbedingungen. Dafür sind insbesondere die Träger und Einrichtungen zuständig. Diese können sie aber natürlich nur dann schaffen, wenn es auch verlässliche und gute Rahmenbedingungen gibt.

Ich bin damit am Ende und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Deutscher Kinderschutzbund, Landesverband Niedersachsen

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 5

Johannes Schmidt: Vielen Dank, dass Sie dieses Thema platziert haben! Wenn ich mir alles, was heute Morgen schon gesagt worden ist, vergegenwärtige - ich bin schon etwas länger hier, obwohl ich den weitesten Anfahrtsweg hatte; aber ich wollte es mir nicht nehmen lassen, mit Ihnen kurz ins Gespräch zu kommen -, möchte ich die Überschrift des Entschließungsantrags „Einbahnstraße Corona?“ verlassen und in eine Zukunftsstraße gehen. Das ist für mich entscheidend.

Der Kinderschutzbund Niedersachsen begrüßt den vorliegenden Entschließungsantrag. Er könnte jetzt tatsächlich zu einer richtigen Zukunftschance werden. Die Krise aufgrund der Pandemie könnte wirklich als Chance verstanden werden, jetzt den Werkzeugkoffer aufzumachen für das, was notwendig ist, um Kinder von der Abkopplung unserer Gesellschaft wieder zur Teilhabe und auch zur Beteiligung zu bringen. Das ist die Kernbotschaft, die wir als Kinderschutzbund aus diesem Entschließungsantrag herausgelesen haben.

Lassen Sie mich kurz sagen: Alles das, was hier gesagt worden ist, ist im Grunde genommen das kinder- und jugendpolitische Programm des Deutschen Kinderschutzbundes. Das ist eine systemische Betrachtungsweise, wie wir in Zukunft die Interessen von Kindern in Krisen betrachten müssen.

Sie haben heute eine Zustandsbeschreibung erhalten und viele Vorstellungen meiner Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Verbänden und Hochschulen wahrgenommen, was jetzt ansteht. Ich habe mich insbesondere über das gefreut, was Herr Schröder vorhin dargestellt hat, nämlich dass nur diejenige Kommune Mittel be-

kommt, die sich verpflichtet, Kinder ganz konkret zu beteiligen. Das ist der Knopf, auf den man drücken muss. Ich glaube, dann erhalten Kinder und Jugendliche die Aufmerksamkeit, die sie wirklich erfahren müssen, nicht nur in der Krise, sondern auch strukturell als neues gesellschaftliches Bild in der Kommunalpolitik, in der Landespolitik und in der Bundespolitik. Darüber habe ich mich wirklich sehr gefreut. Dies wird zwar nicht in das Grundgesetz aufgenommen. Aber es ist zumindest auf der kommunalen Ebene angekommen. Wir werden sehen, wie viele Kommunen in Niedersachsen sich daran beteiligen. Das ist auch ein Gradmesser für die Wertschätzung.

Lassen Sie mich noch zu einem Punkt kommen, der mich wirklich interessiert und der für mich nicht verständlich ist: Warum werden in Niedersachsen Schulen geschlossen? - Die Begründung ist klar - die kennen wir alle -: aus ökonomischer Sicht. Die Bildungsmasse von Kindern ist nicht mehr vorhanden. Warum nutzen wir nicht die 22 jetzt zu schließenden Schulen, die Komplexe, die Gebäude, um daraus in der Kinder- und Jugendarbeit und in der Kulturarbeit Anlaufstellen für Kinder und Jugendliche und deren Familien vor Ort zu machen? Diese 22 Schulen sind in der Regel im ländlichen Raum. Er ist - ich komme aus dem ländlichen Raum - immer in Schwierigkeiten, wenn es um die Aufrechterhaltung von Bildungs- und sozialer Infrastruktur geht. Ich bitte Sie, mit dem Kultusministerium in eine Diskussion einzusteigen, inwieweit sich die Familienpolitik sowie die Kinder- und Jugendpolitik in Niedersachsen diese Gebäude, diese Immobilien und diese Flächen im ländlichen Raum aneignen kann, um dann genau das zu machen, was hier heute vorgeschlagen worden ist.

Ein anderer Punkt, der mich umtreibt, ist die strukturelle Verankerung von Kinderrechten - nicht nur von Kinderschutz! - in Niedersachsen. Das ist eine Querschnittsaufgabe, die meiner Meinung nach aus sämtlichen Ministerien heraus zu einem Querschnittsgedanken und einer Querschnittshandlung kommen muss. Das heißt, jedes Ministerium bräuchte eine kleine Abteilung oder eine zuständige Person, die aus dem Blickwinkel eines Fachbereichs genau schaut, wo die Kinderrechte berührt sind und wie sie in das Gesamtkonzept eingebracht werden können. Dieses Prinzip muss auf die kommunale Ebene, d. h. Landkreis- und Gemeindeebene, heruntergebrochen werden. Dann hätten wir ein Netzwerk, in dem eine permanente Beteiligung von Kindern garantiert ist. Das ist der Punkt. Aus dieser Pan-

demie muss eine Verbindlichkeit bezüglich der Umsetzung von Kinderrechtsstrategien entstehen, sodass wir sagen können: Dafür hat sich das Ganze gelohnt. - Rechte, Gesundheit und Schutz von Kindern müssen endlich priorisiert werden.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch etwas deutlich machen, was mich im Moment ein Stück weit auch erschüttert, nämlich wie respektlos gegenüber unseren Kindern und Jugendlichen in der Pandemie umgegangen worden ist. Dies könnte mit diesem Entschließungsantrag vielleicht ein Ende haben.

Die Entwicklungen der zurückliegenden Wochen weisen darauf hin, dass die Infektion von Kindern wissend in Kauf genommen wird. Dies läuft dann auf eine sogenannte Durchseuchung in Kitas und Schulen hinaus. Diese Sprache ist meiner Meinung nach verräterisch. Wer auf eine Durchseuchung dieser Altersgruppe setzt, nimmt Kindern und Jugendlichen ihre Würde und ignoriert sie. Das, was in dieser Pandemie geleistet worden ist, ist auch stark von den Kindern geleistet worden. Sie haben die Füße stillgehalten. Sie haben zwar genervt, aber das musste auch sein. Von Kindern muss Widerstand kommen.

Bezüglich der Begrifflichkeiten bitte ich Sie als Politikerinnen und Politiker auf der Landesebene, dafür Sorge zu tragen, dass Begriffe wie „Durchseuchung von Kinder- und Jugendeinrichtungen“ nicht verwendet werden. Ich glaube, das ist ein Begriff aus der Pandemieforschung. Ich fühlte mich da als Kinderlobbyist ganz persönlich betroffen.

Vielen Dank fürs Zuhören. Das war das, was ich sagen wollte.

Abg. Dr. Thela Wernstedt (SPD): Ich möchte auf die letzte Bemerkung von Herrn Schmidt mit einem Statement eingehen. Ich kann mich nicht erinnern, dass jemand aus der niedersächsischen Landespolitik von Durchseuchung gesprochen hat. Vielleicht können wir das bilateral noch konkretisieren. Das ist ein Vorwurf, den ich mir ungern gefallen lasse und den ich hier auch nicht so stehen lassen möchte.

Johannes Schmidt: Das wurde in den Medien verlautbart. Auch bundesweit wird mit diesem Begriff argumentiert. Dass diese Begrifflichkeit hier in Niedersachsen nicht verwendet wird, spricht natürlich für Sie. Es ist dann Ihre Wertschätzung, mit solchen Begriffen nicht zu arbeiten. Das gilt

nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern grundsätzlich für alle.

Landesjugendring Niedersachsen e. V.

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 1

Benedikt Walzel: Ich freue mich, heute hier sein zu können. Ich vertrete Björn Bertram, der leider krank ist, und bin für den Landesjugendring Niedersachsen hier. Ich bin noch gar nicht so lange als Referent tätig, nämlich erst seit fünf Tagen, habe aber in den letzten Jahren recht viel in der Jugendarbeit gemacht und in den letzten Tagen gut hineingehört, was Jugendverbände und der Vorstand des Landesjugendrings zu diesem Entschließungsantrag und zur gegenwärtigen Lage zu sagen haben.

Zunächst von uns ein Lob: Dieser Entschließungsantrag geht total in die richtige Richtung. Wir haben vor allem in den letzten anderthalb Jahren gesehen, dass Kinder und Jugendliche eben nicht die Rechte bekamen, die ihnen zustehen. In dem Antrag wird sehr viel genannt, was jetzt passieren soll, damit das anders wird.

Viel Respekt und auch Lob haben wir für die elf Punkte, die Herr Schröder vorhin vorgetragen hat. Da sind zum Teil auch wir involviert.

Ich möchte an dieser Stelle einmal versuchen, die Gegenwart zu beleuchten, weil es wichtig ist, von ihr auszugehen, um zu sehen, was wir eigentlich brauchen. Ich möchte Ihnen dazu eine Geschichte aus der Sicht von zwei Jugendlichen erzählen:

Johanna ist zwölf Jahre alt. Ihr bester Freund ist Matthias, 13 Jahre alt. Beide stehen in der Früh auf, machen einen Corona-Test und lassen ihn von ihren Eltern unterzeichnen. Dann fahren sie mit dem Bus zur Schule. An der Bushaltestelle unterhalten sie sich ohne Mund-Nase-Schutz. Sie steigen in den Bus und setzen sich nebeneinander, natürlich mit Mund-Nase-Schutz; das sind sie inzwischen auch schon gewohnt.

Sie steigen aus und gehen Richtung Schule. Dort trennen sie sich und gehen in ihre Kohorte. Dort behalten sie den Mund-Nase-Schutz auf, können aber glücklicherweise anderen Kindern näherkommen als 1,5 m, ohne ein schlechtes Gewissen zu haben.

Zu Mittag treffen sie sich wieder. Die 1,5 m Abstand halten sie nicht ein. Sie wollen sich schließ-

lich ganz viel erzählen, was in der Schule los war. Daher nehmen sie den Schutz ab.

Mit Matthias' Eltern gehen sie dann in ein Restaurant. Es setzt freiwillig auf 3G. Daher kramen sie nach ihrem Schülerschein, der bestätigt, dass sie in einem verbindlichen schulischen Konzept getestet werden. Es gibt eine große Diskussion mit dem Kellner, ob das überhaupt als Nachweis gilt. Schlussendlich ist der Kellner nachsichtig. Sie können sitzen bleiben. Sie alle sitzen eng nebeneinander, natürlich ohne Mund-Nase-Schutz. Beim Essen wäre das auch schwierig.

Am Nachmittag besuchen sie ihren geliebten Jugendtreff, der vom Jugendverband „Pferdchen“ betrieben wird. Das absolut Coole ist: Dort herrscht keine Pflicht, den Mund-Nase-Schutz zu tragen. Dafür nerven aber Tim und Anja, die den Treff leiten und die eigentlich vor Corona recht cool waren, dass sie doch bitte, wenn möglich, 1,5 m Abstand halten sollen.

Am Abend gehen Johanna und Matthias nach Hause. Sie sind froh, überhaupt wieder so viel machen zu können, und sind sehr dankbar dafür. Aber die verschiedenen Corona-Regeln verstehen sie eigentlich nicht. Aber gut, vielleicht ist Corona ja bald vorbei.

Was will ich mit dieser Geschichte verdeutlichen? - Eine Idee, die wir haben und die auch an den Entschließungsantrag herangeht, ist: Wir haben die Herausforderung, dass wir verschiedene Regeln für Kinder und Jugendliche in verschiedenen Situationen haben. Das mag an der einen oder anderen Stelle ganz sicher gerechtfertigt sein. Warum das allerdings so ist, können wir nicht immer nachvollziehen.

Wir stehen momentan auch vor der Herausforderung, dass wir in der Jugendarbeit aus der Verordnung heraus unsere Sachen interpretieren müssen, wie wir sie sehen. Eine völlige Rechtssicherheit gibt es da nicht. Daher haben wir einen Vorschlag dazu, der vielleicht schon an der einen oder anderen Stelle gemacht worden ist, der aber sehr konkret sein kann.

Es gibt den Krisenstab, der über Dinge berät und der auch für die Verordnung sehr wichtig ist. Wir stellen uns vor, dass an den Krisenstab eine Art Taskforce oder Gruppe angedockt wird, die schon im Vorfeld der Verordnung eingebunden wird, um zu schauen, welche Bedürfnisse Kinder und Jugendliche haben. Wir können natürlich nicht aus

medizinischen Gründen sagen, was notwendig ist. Aber genau der Austausch, der auch heute zum Teil sehr gewinnbringend war, muss aus unserer Sicht stattfinden. Ansonsten ist es sehr schwierig, gute Jugendarbeit zu betreiben und jungen Menschen die Räume zu geben, die sie brauchen.

Der zweite Punkt ist - dies wurde heute schon an der einen oder anderen Stelle gesagt -: Kinder und Jugendliche brauchen Begegnungsmöglichkeiten und rufen auch danach. Sehr viele Programme geben jetzt die Möglichkeit dazu. Wir sind sehr dankbar, dass es das Programm „Startklar in die Zukunft“ und auch ganz viele andere Sachen gibt, über die man Geld bekommen kann.

Aber: In dieser Situation muss natürlich die Grundförderung völlig klar sein. Wir haben momentan die Situation - das ist sicherlich nicht so gedacht, aber es ist gerade so -, dass wir über die ausführenden Bestimmungen des Jugendförderungsgesetzes diskutieren müssen, um sicherzustellen, dass das Jugendförderungsgesetz - es ist die Grundlage unserer Arbeit - nicht verändert wird. Das, was wir jetzt nicht brauchen, ist eine Diskussion über eine bestehende Förderung, die unsere Arbeit stützt, um dann auf dieser Basis über neue Programme zu reden.

Wir haben den Wunsch - dies kann man auch in dem Entschließungsantrag verankern -, die gegenwärtige Förderstruktur jetzt nicht anzugreifen. Wir sind bereit, auch über das Jugendförderungsgesetz zu reden. Das wissen alle Beteiligten. Aber wir glauben nicht, dass momentan der Zeitpunkt ist, uns mit Maßnahmen auseinanderzusetzen, die offenbar geplant sind, um das Jugendförderungsgesetz zu verändern.

Was brauchen Kinder und Jugendliche noch? - Sie brauchen so ausgestattete Räume - auch das ist heute schon gesagt worden -, dass sie selbst überlegen können, was sie tun wollen, egal ob das musische, kulturelle oder sportliche Aktivitäten sind, ob sie sich dort treffen, um über politische Themen zu reden, oder einfach nur abhängen. Das muss schlicht möglich sein.

Ein Punkt, der dabei nicht ganz irrelevant ist, ist die Frage der Tests, auch der kostenpflichtigen Tests. Die Testmöglichkeit für Kinder und Jugendliche muss aus unserer Sicht weiterhin erhalten bleiben.

Noch ein Hinweis, der in diesem Zusammenhang relevant ist: Selbst die Jugendlichen, die geimpft werden könnten, sind manchmal in der Situation, dass sie in Familienfeldern sind, in denen nicht geimpft wird, weil Eltern dies nicht zulassen, oder vielleicht in einem Umfeld, in dem Impfskepsis herrscht. Was können diese Kinder und Jugendlichen dafür? - Schlussendlich lassen sich manche vielleicht nicht impfen. Sie werden dann von Angeboten ausgeschlossen, obwohl sie womöglich sogar selbstständig in der Lage wären, zu entscheiden, ob sie sich impfen lassen oder nicht. Natürlich wissen wir alle, dass es da Einflüsse gibt. Darum ist die kostenlose Testmöglichkeit absolut notwendig und aufrechtzuerhalten.

Das sind unsere Punkte. Das waren auch Ergänzungen zu dem Entschließungsantrag. Die anderen Dinge sind gut so.
